

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pro Nummer 10 Pfennig
Monatlich 30 Pfennig, monatlich 1.20 Mark
Wöchentlich 30 Pfennig, pro 10 Nummern 3.00 Mark

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
jede oder deren Anzahl 60 Pfennig

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 30. März 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Politik des Herrn von Bethmann.

Scharfe Kritik im Reichstag.

Wer noch nicht aufhören will, auf den Reichstag rechts
von der Sozialdemokratie gewisse Hoffnungen zu setzen, der
wird den gestrigen Tag der Kanzlerdebatte als einen
freundlichen begrüßen dürfen.

Die Rede des Herrn Peter Spahn, mit der die Debatte
eröffnet wurde, ist freilich vom Stand des neuen Geistes
ganz unberührt geblieben.

Erst mit der Rede unseres Genossen Koske wurde die
Debatte im eigentlichen Sinn des Wortes politisch. Denn in
ihr lebte der starke Pulsschlag einer vorwärts stürmenden
Zeit.

Koske kritisierte die auswärtige wie die innere Politik
der Regierung und forderte eine politische Neuordnung in
Reich und Staat sofort!

Die folgende Rede des fortschrittlichen Volksparteilers
Herrn Dr. Müller-Meinungen klang, soweit sie sich mit der
Regierungspolitik beschäftigte, etwas sanfter, sachlich, lieblich
aber auch sie auf eine scharfe Beurteilung der inneren
Ständepolitik hinaus, die der Reichskanzler bisher
betrieben hatte.

Die dramatische Spannung stieg, als nun Herr Dr.
Stresemann namens der Nationalliberalen gleichfalls
von links her gegen den Reichskanzler antrat. Diese Rede
des jungen nationalliberalen Führers war ganz vortrefflich,
sie zeigte, wie der Reich wächst, wenn sein Geist einmal
frei die Schwingen zu regen mag.

Der konföderative Graf Westarp mußte sich abermals
mit der schon gemohnten Rolle des vorsichtig zurückgehenden
Verteidigers begnügen. Er ist klug genug, sich nicht erst von
Nord's Spuren schrecken zu lassen, er weiß, daß Herausforderungen
Wirkungen haben, die der Absicht entgegengefeiert sind.

Und dann: „Der Herr Reichskanzler hat das Wort.“
Die Spannung ist nicht gering. Denn Herr v. Bethmann
befindet sich in einer Situation, die für einen parlamentarischen
Minister schon recht bedenklich wäre.

Er ist so gefesselt, die russische Frage an die Spitze
zu stellen, in der er seine Übereinstimmung mit der Meinung
des ganzen Hauses feststellen kann. Der Vor ist auch für uns
erledigt, wir spekulieren nicht auf die mindeste Gegenrevolution
und haben den Wunsch, mit dem befreiten russischen Volk bald einen für beide
Teile ehrenvollen dauernden Frieden
schließen zu können. — Da ist es wieder wie in den
vergangenen Tagen, und der Reichskanzler findet auch bei den
Sozialdemokraten Beifall.

Dann kommt der Kanzler auf den Punkt, an dem sich
die Geister scheiden. Die Tatsache, daß die Mehrheit
des Reichstags eine Neuordnung noch während
des Krieges fordert, kann auf ihn nicht ganz ohne Eindruck
bleiben. Er ist noch nicht überzeugt, aber er läßt der
Hoffnung Raum, daß er seine Meinung auch noch ändern könnte.

Es war ein vorsichtig gewählter Ausweg. Aber Herr
v. Bethmann verkennt noch immer den Ernst der Situation.
Die Frage der inneren Politik ist seit kurzem die Hauptfrage
der auswärtigen Politik geworden, und darin liegt jetzt
ihre lebenswichtige Bedeutung. Wir drängen nicht, weil uns
die lange Dauer des Krieges ungeduldig macht, sondern weil
das kriegsführende Deutschland politisch in eine ungünstige
Lage gekommen ist. Es kann und darf nicht so
bleiben, daß Deutschland gegenüber allen
Segnern, mit denen es um sein Dasein ringt,
als das politisch rückständigste Gebilde
erscheint.

Und darum kann uns die Antwort des Reichskanzlers
nicht befriedigen. Sie übersteht den entscheidenden Punkt.
Und so bleibt uns als Ergebnis des Tages nur die Genugtuung
darüber übrig, daß der Herr v. Bethmann in seiner
Mehrheit diesen entscheidenden Punkt doch erkannt und erkannt
erfaßt zu haben scheint.

Und darum kann uns die Antwort des Reichskanzlers
nicht befriedigen. Sie übersteht den entscheidenden Punkt.
Und so bleibt uns als Ergebnis des Tages nur die Genugtuung
darüber übrig, daß der Herr v. Bethmann in seiner
Mehrheit diesen entscheidenden Punkt doch erkannt und erkannt
erfaßt zu haben scheint. Was die gestrige Debatte es doch in
alle Gehirne gehämmert haben, daß gehandelt werden muß,
daß jetzt gehandelt werden muß, und daß jeder Tag des
Verzögerens schwersten Schaden für das deutsche Volk
bedeutet. Wir können nicht so, wie wir mühen, einer Welt von
Blinden handhalten, wenn wir ihnen nicht in die Augen
blicken dürfen als Bürger unseres Staats, die so frei sind wie
wir. Wir versperren uns den Weg zu dem erwünschten baldigen
Frieden, wenn wir noch weiter die Legende wuchern lassen,
eine Welt der Freiheit kämpfe gegen uns als gegen den
letzten Hort der Despotie.

Der Reichskanzler hat auf der Linken kaum einen persönlichen
Feind. Was sie in Gegenwart zu ihr stellt, und was
diesem Gegenstand zu verschärfen droht, das ist die Sache selbst,
um die es geht: es ist eine Meinungsverschiedenheit über die
politischen Maßnahmen, deren Deutschland bedarf, um sich
seiner Feinde zu erwehren und bald zu einem gedeihlichen
Frieden zu kommen. Hier aber wird die Sozialdemokratie
und sollte mit ihr die Reichstagsmehrheit in scharfer
Entschiedenheit beharren, denn in solchen Fragen gibt es
kein Kompromiß!

Die Erfolge des U-Boot-Krieges.
Geringe Verluste.
Berlin, 29. März. Im Hauptauschuß des Reichstags machte
heute der Staatssekretär des Reichsmarineamts
v. Capelle vertrauliche Ausführungen über den U-Boot-Krieg,
aus denen mit verlässlicher Deutlichkeit erhellt, daß alle Erwartungen
sich bisher in vollem Umfange erfüllt haben. Das im
letzten Monat trotz der ungünstigsten Witterung, trotz des
Eisgangs in unseren Flussmündungen, des langanhaltenden Nebels
und der langen Nächte erzielte Ergebnis von 781 500 Tonnen im
Februar eröffnet die besten Aussichten für die Zukunft
um so mehr, da nicht nur die Zahl der U-Boote in der Front in
kettenem Wachstum begriffen sei, sondern auch die Boote selbst
immer leistungsfähiger würden. Alle in den feindlichen
und auch in einem Teil der neutralen Blätter enthaltenen Angaben
über die Vernichtung von zahlreichen U-Booten seien
erfunden. Die Verluste hielten sich im Gegenteil an der
unteren Grenze dessen, was die Marine von Anfang an in ihre
Berechnungen eingestellt hätte. Der Frontzuwachs an
U-Booten übertrafe in den Monaten Februar und
März die Verluste bei weitem. Für die Gesamtzahl der
Boote läme die Zahl der verlorengegangenen U-Boote
überhaupt nicht in Betracht. Unsere Gegner machten allerdings
die größten Anstrengungen, der U-Boot-Gefahr Herr zu werden.
Wenn diese mit Neben im Parlament und Gekrrei in den Zeitungen
überwunden werden könnte, dann wäre sie allerdings schon
verschunden. Er läne sich damit begnügen, den Redereien unserer
Feinde die Tatsachen gegenüberzustellen: große Erfolge, sehr geringe
Verluste. Auch der Monat März habe sich nach den bis-

herigen Meldungen sehr gut angehalten, trotzdem
terriert jetzt überall im Sperrgebiet ein fühlbarer Rückgang der
Schiffahrt eingetreten wäre und die U-Boote sehr viel weniger
Schiffe anträfen. Letzteres sei in der Hauptsache dem Verhalten
der Neutralen zuzuschreiben. Die Marine habe es sehr
begrüßt, daß die neutrale Schiffahrt des Sperrgebietes weiche.
Neutrale Schiffe zu versenken, sei für unsere Streitkräfte schmerz-
lich, eine harte, aber unbedingte Notwendigkeit. Die Marine
hoffe, daß ihre eindringliche Warnung, das Sperrgebiet zu befahren,
in immer steigendem Maße in neutralen Schiffahrtkreisen
Verständnis und Beachtung finden werde.

Unsere Feinde, vor allem England, verstanden mit allen
Mitteln, mit Schwanz und Schifane, mit Forderungen und
Verweigerungen, mit Verheimlichungen und Verschleiervungen der
Schiffverluste, mit falschen Angaben über Versenkung deutscher
U-Boote die Neutralen zu bewegen, weiter die Zufuhr nach England
ausrechtserhalten und ihre Haut für sie zu Markte zu tragen. Am
22. Februar habe der englische Marineminister Carson im Parla-
ment erklärt: „Niemand würde er sich dazu verstehen, Verluste
zu verheimlichen.“ Wenige Tage später aber habe er die Verheimlichungen
eingestellt. Der Grund dafür liege für jeden, der
sehen wolle, klar auf der Hand. Wir könnten und auch hier damit
begnügen, dem Gebaren unserer Feinde gegenüber die Tat-
sachen sprechen zu lassen. Die Neutralen hätten selbst zu
entscheiden. Wir mühten uns könnten mit aller Ruhe ihren weiteren
Entscheidungen entgegensehen. In der Marine sei alles darauf
hinarbeitend, von Hülfskräften an der Front „den Verlust“ zu
minimieren, den U-Booten läßt und ihnen
Vorbereitungsmöglichkeiten schaffe, als zum Teil
daß die übernommenen Aufgabe auch
Ende durchgeführt werden würde.

Im Anschluß hieran erklärte Staatssekretär
Dr. Helfferich, die technischen Erwartungen,
unser U-Boot erreicht werden seien, hätten sich voll erfüllt.
Damit sei die Gewähr dafür gegeben, daß auch die wirtschaft-
lichen Erwartungen erfüllt würden. Der Schiffverlust
unserer Feinde sei heute schon so groß, daß sie, namentlich England,
alle Anstrengungen machten, um die neutrale Schiffahrt
zur Hilferichtung zu bewegen.

Das neue Rußland und der Krieg

Kopenhagen's „Politiken“ behandelt im Leitartikel die
Stellung des neuen Rußland zum Krieg und schreibt u. a.:
Wir haben schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß seit dem ersten
Tage der Revolution bezüglich des imperialistischen Ra-
bottenprogramms ein vollständiges Schweigen
eingetreten ist. Die Note, die Miljutin an die russi-
schen Vertreter im Ausland gerichtet hat, enthält in der
in Kopenhagen eingetroffenen Fassung nichts über die Kriegsziele.
Charakteristischerweise jedoch ist nun festgestellt, daß jedenfalls der
Text, der nach Frankreich und Italien ging, den energischen Votus
über Rußlands Willen, den Kampf gegen den gemeinsamen Feind
zu Ende zu führen, enthält. Auch in den zahlreichen Ausführungen
der Minister, die in russischen Blättern erschienen, wird man ver-
gebens eine Äußerung über das Programm der Regierung
hinsichtlich der äußeren Politik finden. Man wird
andauernd nur auf die großen inneren Aufgaben
hingewiesen.

Bezeichnend ist auch ein Artikel in dem großen liberalen Blatt
„Dien“, das für eine Politik noch etwas weiter nach links als die
Kobnetten eintritt. Es heißt darin wörtlich: Die konstitu-
ierende Versammlung muß sich in erster Reihe ent-
scheiden über die Frage, ob Krieg oder Frieden.
Über schon vorher kann die vorläufige Regierung erklären, daß sie
alle Eroberungsziele zurückweist, die fälligen Befreiungsziele ge-
nannt werden. In dieser Hinsicht ist der Volkswille so deutlich
zum Ausdruck gekommen, daß man nicht im Irrtum darüber sein
kann, welche Haltung die konstituierende Versammlung ein-
nehmen wird.

Nicht ein sozialdemokratisches, sondern ein einflussreiches libe-
rales Blatt spricht diese Worte. Die Geschichte wird vielleicht
dadurch fallen, daß der Frieden an jenem Sonntag
einen Schritt vorwärts machte, an dem die Kriegspartei
glänzte, die Macht in Rußland erhalten zu haben.

China geht gegen Oesterreich vor.

Basel, 29. März. Havas meldet: Man berichtet den
Blättern aus London: Der chinesische Gesandte in Wien
wurde beauftragt, bei der österreichisch-ungarischen Regierung
anzufragen, ob sie sich mit Deutschland in bezug
auf den verschärften Lauchbockkrieg solidarisch er-
kläre.

Aus dieser Frage, über deren Beantwortung China vor-
weg klar sein wird, ergibt sich, daß auch Oesterreich-Ungarn
vom chinesischen Markte verdrängt werden soll.

# Demokratische Umbildung der russischen Armee.

Amsterdam, 29. März. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Petersburg, daß die Kommission zur Reformierung der Armee sich auf folgende drei Punkte als Grundlage für die Reformen geeinigt hat: 1. Abschaffung des Rechtes der Anciennität für Ernennungen beim Oberkommando und im Generalstab. 2. Freie Wahl der subalternen Offiziere durch ihre unmittelbaren Vorgesetzten. 3. Persönliche Verantwortlichkeit der Vorgesetzten für die von ihnen gewählten Subalternen.

Diese zunächst nur prinzipielle Entscheidung bleibt jedenfalls hinter den Wünschen, die in der demokratischen Masse des Heeres Boden haben, weit zurück. Ein telegraphischer Bericht des russischen Militärkritikers Oberst Schumsky an das Pariser „Journal“ sagte dieser Tage:

Wie sehr das demokratische Ideal sich der Armee bemächtigt hat, beweist die Tatsache, daß in mehreren Petersburger Regimentern Komitees entstanden sind, die aus den verdientesten Soldaten, den besten Unteroffizieren und den ihrer Fähigkeit und ihrer Tapferkeit wegen am meisten geschätzten Offizieren gebildet wurden. Die Komitees sollen befragt werden, wenn es sich um die Beförderung zu höheren Graden handelt. Diese Bestrebungen werden offensichtlich von der provisorischen Regierung nicht gebilligt, da sie nicht gewillt ist, die wertvolle Kraft des inneren Zusammenhalts der russischen Armee durch unüberlegte Reformen zu erschüttern. Sie lassen aber erwarten, daß die künftige Reorganisation der russischen Armee in direktem demokratischen Sinne aufgeführt werden wird. Jedenfalls enthalten sie die Macht, die der Volkswille in Russland erreicht hat.

Daß die Grundlinien, die jetzt von der Kommission für Heeresreform aufgestellt worden sind, von „weitestem demokratischen Sinne“ zeugen, wird man nicht behaupten können. Sie durchbrechen wohl für die oberen Posten das alte bürokratische Karriereprinzip, für das Verdienst und Fähigkeit nicht den Hauptentscheidungsgrund abgeben, und schaffen für die Chargen zwischen Leutnant und Mannschaft eine Art Kontrolle, aus der in enger Beziehung vielleicht Verbesserungen der Lage der Mannschaft sich ergeben können, wobei ein freies Beschwerderecht der Mannschaft vorausgesetzt werden muß. Aber die Grundlinien umgehen die Hauptsache: eine Stellungnahme zu der Einrichtung der Ausschüsse, die als Gewinn der Revolutionstage in Petersburger Regimentern entstanden sind, und daraus dürfte zu schließen sein, daß Reformgrundlinien die Beziehungen zwischen Heer und vorläufiger Regierung nicht inniger knüpfen werden.

Aus solchen Erwägungen erhellt, mit welcher Vorsicht die Nachrichten gelesen werden müssen, die täglich über den ausgezeichneten Geist der Armee in die Welt geschickt werden. Natürlich wird vor allem der Geist der Kriegswilligkeit hervorgehoben, aber es geschieht so reklamistisch, daß die Zweifel nicht ausbleiben können.

## Verhaftung von Generälen.

Kopenhagen, 29. März. Nach einer Meldung aus Haparanda wurden am 24. März in Petersburg General Schiemann verhaftet, der 1905 an der Unterdrückung des Aufstandes in Finnland teilgenommen hatte. Am selben Tage ist auch der Kommandant General Siegel, verhaftet worden, wird nach Petersburg gebracht.

## Stehen Duma-Kundgebungen bevor?

Petersburg, 28. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Rodzianko erklärte, daß die Duma bis zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung die Meinung des Landes vertritt.

Soll diese amtliche Meldung auf Duma-Kundgebungen vorbereiten? Bringt man die Meldung mit all den Mitteilungen über unerkennbaren Kriegswillen des Heeres in Verbindung, so drängt sich die Vermutung auf, die Duma solle dazu benutzt werden, diese Mitteilungen als „Meinung des Landes“ zusammenzufassen. Denn aus den Ländern der Entente wird getrieben. Im „Nouvelles de Verdun“ heißt es eben jetzt: „Wir sind der festen Überzeugung, daß die russische Revolution sehr bald feste Formen annehmen oder verschwinden muß, wenn wir siegen wollen; das gewaltige Heer eines so großen Landes bedeutet ohne Autorität eine beträchtliche Schwächung unserer Verbündeten.“ Solche Stimmen sind nicht vereinzelt.

Amsterdam, 29. März. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet: Der Präsident der Duma hat die Grundbesitzer und Bauern in einem Aufruf aufgefordert, alles verfügbare Land zu besetzen, damit der Bedarf der Armeen und des Landes gedeckt werden könne.

## Ein Sozialdemokrat an der Spitze der finnischen Regierung.

Helsingfors, 29. März. Die Frage der Teilnahme der finnischen Sozialdemokraten an der Regierung ist soeben entschieden worden. Es ist eine Koalitionsregierung aus sechs Sozialdemokraten und sechs Bürgerlichen gebildet worden. An der Spitze der Regierung steht der Sozialdemokrat und frühere Vorsitzende des Landtages, Tokoi, der auch Leiter des Gewerkschaftsbundes ist.

Bereits nach den letzten Landtagswahlen — die eine Mehrheit für die Sozialdemokratie ergab — hatten die bürgerlichen Parteien eine Delegation eingesetzt mit der Aufgabe, die politischen Ereignisse zu verfolgen. Die Sozialdemokraten schufen ihre eigene Delegation, die durch Vertreter mit der bürgerlichen Delegation zusammen arbeitete. Nach Ausbruch der russischen Revolution erließ die bürgerliche Delegation ein Manifest, worin die Wiedereinführung der Konstitution, die Einberufung des Landtages, eine finnische Regierung und ein Reichsgericht, allgemeine, politische Amnestie und die Einführung einer gesetzlichen Ordnung gefordert wurden.

Durch Vertreter verhandelten die Delegationen dann mit dem provisorisch ernannten Minister für Finnland sowie mit der provisorischen Regierung in Petersburg. In der Delegation, die zu diesem Zweck Petersburg besuchte, befanden sich von sozialdemokratischer Seite Tokoi und der Parteisekretär Wili.

## Der Amtseid der neuen Minister.

Amsterdam, den 29. März. Nach Meldungen aus Petersburg hat jeder der Minister folgenden Amtseid abgelegt: „In meiner Eigenschaft als Minister der vorläufigen Regierung, eingesetzt durch

# Gefecht nordöstlich Vapaume. — Französische Angriffe in der Champagne. — Höhe 304 vergebens bestürmt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. März 1917. (W. T. S.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafter Gefechtskampf zwischen Lens und Arras, der auch nachts anhält.

In einem gestern vor Tagesanbruch sich entzündenden Gefecht bei Croisilles und Esouy-St. Mein (nordöstlich von Vapaume) verloren die Engländer außer zahlreichen Toten durch Vorstoß unserer Sicherungen einen Offizier und 54 Mann als Gefangene.

In der Champagne schlugen mehrere im Laufe des Tages unternommene Angriffe der Franzosen zur Wiedergewinnung der ihnen entzogenen Gräben verlustreich fehl.

Auf dem linken Maas-Ufer bereitete gestern unser Abwehrfeuer sich gegen die Höhe 304 vorbereitende französische Vorstöße; heute morgen scheiterte ein auf breiter Front vordringender Angriff im Feuer, an einer Stelle durch Gegenstoß.

Ostlich von Verdun schossen unsere Flieger zwei Gefechtsballons ab; in Luftkämpfen und durch Abwehrfeuer sind vier Flugzeuge der Gegner zum Absturz gebracht worden.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im wesentlichen Ruhe.

### Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

## Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 29. März. Abends.

Im Westen bei Regen, im Osten bei Tauwetter keine besonderen Ereignisse. In Mazedonien nichts Neues.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 29. März 1917. (W. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Außer reger Tätigkeit unserer Erkundungsabteilungen nichts zu melden.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karst-Hochfläche drangen Sturmpatrouillen des Infanterie-Regiments Nr. 64 mehrfach von Jamnians in die feindlichen Gräben ein, machten 20 Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre.

Unsere Flieger warfen auf die italienischen Lager bei Podjastin Bomben ab.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

den Willen des Volkes auf Erträgen der Duma, beschreibe und schwöre ich vor dem allmächtigen Gott und meinem Gewissen treu und rechtlich dem Volke und dem russischen Staate zu dienen, die Freiheit, Rechte, Ehre und Würde heilig zu halten, in all meinen Handlungen und Befehlen die Sache der bürgerlichen Freiheit und Gleichheit vollkommen ohne Abweichen zu fördern, und mich bei den Maßnahmen, die mir übertragen werden, jedes Versuches direkt oder indirekt zur Wiederherstellung der alten Regierung zu enthalten. Ich schwöre, all mein Wissen und meine Kraft ganz und voll einzusetzen, um alle Verpflichtungen zu erfüllen, die die vorläufige Regierung vor den Augen des Volkes übernommen hat. Ich schwöre, in kürzester Zeit alle Maßnahmen für die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Basis des direkten, gleichen und gehehmen Wahlrechtes zu treffen, in die Hände der Versammlung alle Macht, die ich zusammen mit anderen Ministern der Regierung ausübe, zu legen und mich dem Willen des Volkes zu beugen, der durch diese Versammlung über die Regierungsform und die Grundzüge des russischen Staates zur Ausübung kommt. Gott helfe mir, diesen Eid zu halten.“

## Die Störer der Revolution.

Der Kopenhagener „Socialdemokraten“ bespricht die Bestrebungen der englischen Presse, die ruhige Entwicklung der russischen Revolution zu stören, erwähnt dann die von England verbreitete Meldung über einen angeblich beabsichtigten deutschen Offensivvorstoß an der Nordostfront gegen Petersburg und führt darauf, wie Wolff im Auszug meldet, aus:

Weder die Absicht dieser Meldungen kann man sich nicht täuschen. Russland soll zu wildem Deutschenhass aufgereizt werden. Sie sind darauf berechnet, den Mut in England, Frankreich und Italien aufrechtzuerhalten und die Neutralen zur handelspolitischen Nachgiebigkeit gegenüber England einzuschüchtern. Russland und die russische Revolution brauchen den Frieden wegen der freien, ruhigen Entwicklung, aber das chauvinistisch-imperialistische England, das England Korstschiffes, nicht das englische Volk will noch einen längeren Krieg, um zu versuchen, ob es doch noch gelingen sollte, den unangenehmen deutschen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu vernichten und ihn für lange Zeit lahm zu legen. Ein hartes, entwicklungsreiches, demokratisches Russland, eine föderative russische Republik könnte geradezu für den britischen Einfluss in Asien lästig werden. Daher muß Russland viel eher weiter hungern, bis zum Kaiserthum geschlagen und in der revolutionären Befreiung gelähmt werden; denn das russische Volk will den Frieden. Es wird schließlich enttäuscht und erbittert sich gegen jede Regierung werden, die nicht den Frieden bringt.

„Socialdemokraten“ sagt weiter: Es war ja immer die Politik des imperialistischen England, das europäische Festland zu zerplittern. Ein russisch-deutsch-französisches Friedensbündnis wäre der Untergang des englischen Imperialismus und der Sieg der sozialen Demokratie über die englische großkapitalistische Aristokratie zum größten Segen für das arbeitende englische Volk. England strengte sich seinerzeit an, um die französische Revolution zu zertrümmern. Wir wollen hoffen, daß es ihm nicht gelingen wird, die russische Revolution zu vernichten. . . .

# Die Möglichkeit einer russischen Republik.

London, 29. März. Ein Korrespondent der „Central News“ hatte am Dienstag eine Unterredung mit Kerenski, der sagte, er sei überzeugt, daß die große Mehrheit des russischen Volkes sich für die Republik entscheiden werde.

Nach „Ruskaja Wjedomosti“ hat Kerenski im Arbeiterdeputiertenrat zu Moskau gesagt: das Schicksal des Zaren und seiner Familie sei in seine Hände gelegt; er wolle nicht ihr Marat sein; er werde ihn nach England schicken.

Ueber die Art, wie die provisorische Regierung für den Krieg Stimmung zu machen sucht, läßt zum Beispiel folgendes Telegramm auf:

Petersburg, 27. März. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, das Volkswill-Regiment, dessen Eingreifen zugunsten des Volkes das Schicksal der Revolution entschied, habe eine einflussreiche Kundgebung für den Krieg veranstaltet. Der Grundgedanke eines bis zum vollkommenen Siege fortgeführten Krieges, der in den beiden letzten Tagen einmütig zum Ausdruck gebracht worden sei, lasse keinen Zweifel über die Absicht der Armee und des Volkes, die Eroberung der inneren Freiheit durch einen äußeren Sieg zu verstärken. Selbst die radikalsten Elemente unter den Arbeitern bestätigten, wie die Agentur behauptet, diese Notwendigkeit, höchstens mit dem Unterschied, daß sie keine Annexionen erstrebten. Von der Nordfront zurückgekehrte Regierungsvertreter hätten mitgeteilt, die Soldaten seien fest entschlossen, keinen Fußbreit des nationalen Bodens aufzugeben. Aus Rebal und Sebastopol werde berichtet, die Einigkeit unter allen Gliedern der Flotte sei fester als jemals.

Zeitungsmedien zufolge sollen die Gerüchte über gewisse Reibungen unter der Ostsee-Flotte übertrieben sein. Man habe nur 82 Opfer gezählt. Alle Schiffe der Flotte seien völlig bereit, gegen den Feind zu kämpfen.

## Belagerungszustand in ganz Spanien.

Madrid, 29. März. Havas. Amtlich. Ein Dekret hebt die konstitutionellen Garantien in allen Provinzen des Königreiches auf.

## Das Unterhaus für das Frauenstimmrecht.

London, 28. März. Unterhaus. Mit 341 gegen 62 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, welche die von der Konferenz der Vertreter aller Parteien empfohlenen Maßnahmen gutheißt, die verschiedenen Fragen der Wahlreform betreffen und das Frauenstimmrecht befürworten.

## Der Krieg auf den Meeren.

### Das Februar-Ergebnis der U-Boot-Arbeit.

Berlin, 29. März. Im Monat Februar sind, wie am 17. März bekanntgegeben, insgesamt 388 Handelschiffe mit 781 500 Br.-Reg.-Tonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte vernichtet worden. Davon waren

#### 292 Schiffe feindlicher Flagge

und zwar: 109 englisch, 47 französisch, 28 italienisch, 8 russisch, 4 belgisch, 2 portugiesisch, 1 japanisch.

Bei 38 Schiffen konnten Namen und Nationalität nicht festgestellt werden; mindestens zwanzig davon müssen als englischer Verlust an Schiffsraum im Februar auf rund 500 000 Tonnen geschätzt werden kann.

Von den 78 neutralen Schiffen waren 38 norwegisch, 14 niederländisch, 8 griechisch, 7 schwedisch, 5 spanisch, 3 amerikanisch und 1 peruanisch.

Von dem gesamten im Februar berienten Handelschiffsraum von 781 500 Br.-Reg.-To. konnten

#### die Ladungen

bei 475 000 Br.-Reg.-To. nicht festgestellt werden, die verbleibenden 306 500 Br.-Reg.-To. enthielten u. a. folgende Ladungen nach Art und Menge:

49 000 To. Kriegsmaterial, 91 500 To. Kohlen, 16 000 To. Öl und Petroleum, 16 800 To. Salpeter, 4 900 To. Eisen, 11 300 To. Erz, 550 To. Metall, 90 000 To. Getreide, 14 800 To. sonstige Lebensmittel, 8700 To. Viehfutter, 36 500 Kubimeter Holz, 23 100 To. verschiedene Ladungen, darunter 1500 Ballen Felle, außerdem ein Stückgut etwa 15 000 To. Schwergut und 70 000 Kubimeter Rohgut, ferner 300 Pferde und

3 Millionen Mark Gold.

## Die Vernichtung feindlicher Zerstörer.

Berlin, 29. März. Einem unserer kürzlich zurückgekehrten U-Boote hat vor einigen Wochen westlich Jauer Gabbard Brauteile gefunden, die von einem kurz vorher gesunkenen Schiffe stammten. Eine Boje trug den Namen Manly. (Manly ist ein im Jahre 1914 vom Stapel gelauener Zerstörer von 1000 Tonnen.)

Haag, 28. März. Das Korrespondenzbureau erfährt von gut unterrichteter Seite zu dem Zerstörer vom 19. d. Mts. über das Sinken englischer Zerstörer in der Nacht vom 17. zum 18. März bei einem Gefecht mit deutschen Zerstörern, daß es sich um die Zerstörer Paragon und Biewellin handle, von denen der erste gesunken ist und der zweite schwer beschädigt wurde.

Ein französischer Marinebericht meldet: In der Nacht vom 25. auf den 26. gegen 2 Uhr gab ein deutsche Torpedoboot etwa 60 Schiffe auf Dänkirchen ab. Die Beschießung dauerte drei Minuten und forderte zwei Opfer. Die Torpedoboot zog sich sofort mit großer Geschwindigkeit zurück.

## Die Klage um den Danton.

Bern, 28. März. Zur Versenkung des Großkampfschiffes Danton erklärt „Libéré“, Deutschland habe die Probleme der Unstabilität des Berlins sowie des sofortigen Untertausch gelöst, wodurch die Verteidigungsmassnahmen der Ententemächte hinfällig geworden seien. Es sei notwendig, daß neue Abwehrmaßnahmen gefunden würden.

## Seesperre und Versenkungen.

Amsterdam, 28. März. Aus Hmuiden wird gemeldet, daß dort das Gerücht geht, daß wieder zwei Dampftorpedier versenkt worden sind, nämlich der Richard Jim 195 und Pieter Cornelis Jim 146. Eine Bestätigung des Gerüchtes liegt nicht vor.

# Der Reichstag gegen die Stillstandspolitik.

93. Sitzung. Donnerstag, den 29. März, vormittags 11 Uhr.

Vin Bundesratsmitglied: Dr. Gelfferich, Graf Roedern, Zimmermann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der

## Notetat

(Gesetzentwurf zur vorläufigen Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete, der den Reichskanzler ermächtigt, die notwendigen Ausgaben für die Monate April, Mai und Juni zu leisten.)

Abg. Bernstein (Soz. Arb.):

Der Antrag, der Europa zerfleischt, ist der Ausfluß der Politik fortgesetzter Rücksichten, die wir stets bekämpft haben. Die sehr dadurch das Vertrauen der Demokratie in der ganzen Welt gegen das Deutsche Reich erregt wurde, ist für niemand mehr ein Geheimnis. Durch Maßnahmen in den besetzten Gebieten, die mit den Regeln des Völkerrechts in schroffem Widerspruch stehen (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) sowie durch die Art der Führung des uneingeschränkten Laubbootkrieges hat man dieses Vertrauen noch verschärft und die Zahl der Feinde des Deutschen Reiches noch vermehrt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Auch das Friedensangebot vom 12. Dezember vorigen Jahres hat selbst bei denjenigen Elementen des feindlichen Auslandes, die so bald als möglich zu einem guten und aufrichtigen Frieden mit dem deutschen Volke zu gelangen wünschen, verfallen müssen, weil es zugleich mit militaristischen Kundgebungen in die Welt gesetzt wurde. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Solange dieses System regiert, finden die Aussichten auf einen guten Frieden für unser Volk immer tiefer. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.) Angesichts dieser Tatsachen kann die Sozialdemokratie ihrer Aufgabe als Partei des Völkertums nur gerecht werden, wenn sie zwischen ihrer Politik und der Politik derer, die sich dem Militarismus verschrieben haben, den härtesten weislichen scharfen Strich zieht. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Wir leisten unserem Volke den größten Dienst, wenn wir den Völkern draußen zeigen, daß wenigstens eine Partei in Deutschland dem Geist des Militarismus nach wie vor unerschütterlich gegenübersteht. In dieser Ueberzeugung lehnen wir den geforderten Notetat ab. Gestärkt werden wir in unserer Haltung durch den Blick nach Osten, wo sich unter führender Mitwirkung der Sozialdemokraten eine Revolution vollzieht, von der wir die besten Rückwirkungen für die friedliche und kulturelle Entwicklung Europas erwarten dürfen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Wir würden uns unserer russischen Genossinnen und Genossen, wollten wir durch Bewilligung des Notetats dem Militarismus opfern. Unsere Zustimmung ist ein Gruß an sie wie an alle, die in den verschiedenen Ländern unerstickt an der internationalen Politik des Proletariats festhalten. Diese allein kann der Welt den Frieden bringen. (Lebhafte Beifall bei der Soz. Arb.)

Der Notetat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der

## Steuervorlagen.

Abg. Reil (Soz.):

Wir werden den Gesetzentwürfen über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegsteuer und über die Sicherung der Kriegsteuer zustimmen. Die Gesetzentwürfe über die Besteuerung des Vertriebenen- und Güterverkehrs sowie die Kohlensteuer lehnen wir ab. Der Gesetzentwurf über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegsteuer entspricht nicht voll unseren Wünschen. Die politische Lage unseres Landes und der Finanzbedarf des Reiches rechtfertigen

größeres Opfer von den Kriegsgewinnen,

die in derselben Zeit gemacht sind, wo Millionen unserer Volksgenossen die Herrschaft der Epikureer, Sorge und Not zu beklagen haben. Die Annahme unserer Anträge auf Erhebung des Zuschlages hätten schon genügt, um dem deutschen Volke eine der beiden indirekten Steuern zu ersparen. Auch in dem Gesetzentwurf über die Sicherung der Kriegsteuer hätten wir die Grenze, die zu welcher die Kriegsgewinne in dem in Aussicht stehenden zweiten Kriegsjahre erzielt werden können, gern weiter hinaufgesetzt. Leider ist das nicht gelungen. Da indessen diese beiden Gesetze in der Richtung unserer grundsätzlichen finanzpolitischen Bestrebungen liegen, geben wir ihnen unsere Zustimmung.

Die Kohlensteuer und die Steuer auf den Vertriebenen- und Güterverkehr stellen eine höchst ungerechte Belastung der minderbemittelten, in der Gegenwart in erhöhtem Maße notleidenden breiten Schichten des Volkes dar. Sie nehmen keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler, sie verteuern und erschweren Produktion und Handel und werden die Umstellung des Wirtschaftsprozesses nach den Bedürfnissen der Friedenswirtschaft hemmen. Die Kohlensteuer belastet zudem noch den Hausbrand der minderbemittelten Volksschichten zu einem Teil, in der die Bevölkerung schon schwer unter der Kohlennot leidet. Der Beschluß zweiter Lesung, den Gemeinden, die den Inhabern von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandstoffe verbilligen, heißt ein Schauspiel, das den schonungsbedürftigen Volksmassen nicht nützen wird. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich bereit erklärt, an der Ausbringung der durch den Krieg bedingten großen Einnahmen gewissenhaft mitzuarbeiten. Sie betrachtet es aber als eine Ehrenpflicht der Reichstagen, den Teil der benötigten Geldsummen von deren Ueberfluß zu opfern. Mit der Ablehnung der Vertriebenen- und Kohlensteuer bringen wir zum Ausdruck, daß wir nicht gewillt sind, die Verantwortung für eine solche die höchsten Volksinteressen gefährdenden Steuerpolitik zu tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heule (Soz. Arb.): Der Kriegsteuer stimmen wir zu. Die Vertriebenen- und Kohlensteuer lehnen wir ab, weil sie eine ungebührliche Belastung des arbeitenden Volkes bringt, und daß in dem Momente, wo der Beschäftigten Arbeitslosigkeit herrscht, die Kohlensteuer nicht nur ein politischer Fehler, sondern ein Verbrechen am Volke (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) — Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Die Kriegsteuer wird einstimmig angenommen. Angenommen wird auch das Gesetz zur Sicherung der Kriegsteuer. Nur Vertriebenensteuer ist eine Resolution Güterverkehr eingehangen, wonach Steuerfreiheit bei Güterbeförderung durch Straßenbahnen für die Räder bestimmt wird, in denen die Straßenbahn an Stelle des Kraftfahrzeuges tritt.

Abg. Müller-Reichenbach (Soz.): In der zweiten Lesung der Vertriebenensteuer ist es gelungen, die Zahllosen bis zu 85 Pf. Steuerfrei zu erhalten. In der Annahme dieses Antrages sehen wir einen geringen Fortschritt, der jetzt wieder in dritter Lesung besetzt werden soll, deshalb leben wir uns gewöhnlich, hierüber die namentliche Abstimmung zu beantragen.

Abg. Heule (Soz. Arb.): Im Interesse der Wohnungspolitik werden wir für diesen Antrag stimmen.

In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag mit 159 gegen 142 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes sowie der Entwurf im ganzen werden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Zu dem Entwurf des Kohlensteuergesetzes ist ein Antrag Albrecht (Soz.) eingegangen, wonach den Gemeinden, welche den Inhabern von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandstoffe verbilligen, die Kohlensteuer für diese Kohlen nicht zur Hälfte, wie nach den Beschlüssen zweiter Lesung, sondern vollständig zurückgezahlt wird.

Die Abstimmung über diesen Antrag ist eine namentliche. Er wird mit 181 gegen 136 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die einzelnen Bestimmungen des Kohlensteuergesetzes werden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. In der Gesamtstimmabstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Polen angenommen.

Es folgt der

## Etat des Reichskanzlers.

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Das preußische Herrenhaus hat sich in der letzten Zeit wiederholt mit unseren Angelegenheiten beschäftigt. Es hat dem Reichstage vorgeworfen, daß er seine Kompetenz überschreitet und in die Rechte der Exekutive eingreift; der wirtschaftliche Verfall beim Reichsamt des Innern und die Ermächtigung für den Hauptausfluß, auch während der Vertagung des Reichstages zusammen zu kommen, und auch die auswärtigen Angelegenheiten zu erörtern, ist als Beweis angeführt worden. Der Reichstag hat sich gerade jetzt im Interesse des Vaterlandes eine große Beschränkung auferlegt (Zustimmung), das beweist das Ermächtigungsgesetz für den Bundesrat. Wir könnten verlangen, daß die vielen Tausende von Bekanntmachungen erst von uns bewilligt werden. Im vaterländischen Interesse haben wir darauf verzichtet. (Sehr gut!) Der Ernährungsbeitrag ist mit Zustimmung des Bundesrates eingeleitet worden, ebenso sind die Beschlüsse des Hauptausflusses im Einverständnis mit dem Bundesrat erteilt worden. Die Neben im Herrenhaus würden uns nicht weiter berühren, wenn nicht das Präsidium des Herrenhauses sie ohne Rücksicht auf uns zugelassen hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Das Herrenhaus müge vor seiner eigenen Tür stehen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

Der Reichskanzler hat erklärt, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse führen muß, er hat eine

## Reform des preußischen Wahlrechts

für notwendig erklärt. In sich berührt uns die preußische Wahlrechtsfrage nicht, gesetzlich haben wir damit nichts zu tun. Aber die Frage interessiert uns als Deutsche (Beifall links und im Zentrum) und nicht nur als Preußen. Keine Freunde im preußischen Abgeordnetenhaus sind immer bestrebt gewesen, eine Reform des preußischen Wahlrechts herbeizuführen. (Zustimmung im Zentrum.)

Der Reichskanzler hat im Abgeordnetenhaus gesagt, er wünsche eine Politik der Stärke nach innen und außen. Dieser Gedanke kann auch bei uns im Reich Anwendung finden. Auch wir sind bestrebt, ein starkes und junges Volk aus dem gegenwärtigen Kriege zu lassen. Wenn es uns gelingt, dem Geiste des Volkes neue Richtung zu geben, das Bewußtsein der Verantwortlichkeit jedes einzelnen vor sich, seinem Nächsten, vor Gott und den Göttern zu stärken, dann wird die sittliche Kraft, die uns vor unseren Feinden stark erhält, auch stark erhalten in unserem Wirtschaftsleben. (Sehr gut im Zentrum.)

Geiern hat der Minister v. Seidenbach im preußischen Herrenhaus die Forderung der Polenpolitik für die Zeit nach dem Kriege angekündigt. (Gravo! im Zentrum.) Der Reichskanzler betritt den Saal.) Ein Wort, die geistige der Oberbürgermeister Wermuth im Herrenhaus über die Selbstverwaltung gesprochen hat, stimmen wir ausdrücklich zu.

Der Krieg hat sich zunächst zu einem Duell zwischen England und Deutschland. Unser Vertrauen in die U-Bootwaffe ist glänzend gerechtfertigt, die Erfolge sind größer als wir selbst dachten und England fühlt das in zunehmendem Maße.

In Rußland ist seit der 1906 erfolgten Schaffung der Duma niemals eine Verhandlung zwischen ihr und der Regierung erfolgt. Liberale Ideen waren geäußert und verfolgt. Inwiefern die Verantwortung für das, was in Rußland geschieht, ist auf England fällt, ist noch nicht zu erkennen. Jedenfalls hat Deutschland den russischen Dinge ist völlig unklar. Wir erwarten aus jeder Einmischung in innerpolitische Dinge anderer Länder, auch Rußlands, Neben der Freiheit zur See, für die wir kämpfen, dürfen wir den Weg nach Osten und Südosten niemals außer Acht lassen. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn bleibt für uns Lebensnotwendigkeit. (Sehr wahr! im Zentrum.) Gefegnet, wer zuerst den Weltweg des Friedens aufnimmt. Alle Völker sehnen sich nach Frieden, aber die Ausführungen des Abg. Bernstein sind klärend, denn seine Voraussetzung, daß wir den Frieden nicht erstlich gewollt hätten, ist falsch. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt heißt es durchkämpfen, bis wir uns den großen Aufgaben des Friedens widmen dürfen. (Beifall.)

Abg. Koste (Soz.):

Das ungedeutete Gedächtnis, das wir seit mehr als zwei Jahren erleben, muß die größte Umwälzung herbeiführen. Aber zunächst ist der Gedanke, daß alles Neue, was kommen wird, in entscheidender Weise mit Menschenleben bezahlt wird. Über die Staatsmänner der feindlichen Länder wollen wir nichts von einem Frieden ohne Eroberungen wissen. Deshalb hat Deutschland im Verteidigungskrieg für seine Sicherheit und Zukunft weiter auszuhalten. Der Kampf geht immer noch weiter um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Deshalb muß unser Wille dahin gehen, daß die jetzt wieder aufgelegte Kriegsanleihe erfolgreich sei. (Gravo!) Die Hoffnung Englands, den Sieg zu erringen, muß ebenso zu schanden gemacht werden, wie seine Hoffnung auf den Ausdauerungskrieg. (Gravo!) Die Völker wollen einen dauernden Frieden. Deshalb ist es bedauerlich, daß wir immer wieder Verweigerungen zu hören bekommen, die geeignet sind, die Friedensneigungen, den Friedenswillen in anderen Ländern zu dämpfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und scharf ist es daher zu rufen, daß der Geheimrat Kirchner in amtlicher Eigenschaft davon sprechen dürfte, Deutschland führe jetzt den ersten punischen Krieg. Die

## Zukunft Belgiens

wird bei den Friedensverhandlungen, in die Deutschland, wie seine Feinde endlich begreifen sollten, unbedingt eintreten wird, ein Streitpunkt von größter Bedeutung sein. Der Reichskanzler sagte kürzlich, er habe niemals gesagt, Deutschland wolle Belgien behalten. Im Herrenhaus aber wurde u. a. auch von dem Gouverneur v. Bissing der zukünftige Belgien als selbstbeständig betrachtet. Inwiefern kann davon Kenntnis genommen werden, daß die lautesten Schreie ihre Ansprüche wesentlich herabgemindert haben. Sie wollen sich jetzt mit der Befreiung der Flamen

Begnügen. Sie stellen sich aber eine Aufgabe, die die Flamen von ihnen gar nicht gelöst sehen wollen. Daran hätte auch der Reichskanzler denken sollen, als er die flämische Abordnung empfing. Die Masse der Flamen hat ebenso wie die der Wallonen jetzt nur den einen Wunsch nach der baldigen Räumung ihres Vaterlandes. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Was der Reichskanzler mit Beziehung auf die

## Befreiung von unserem Junkertum und Militarismus

sagte, wo wir uns von etwas zu befreien haben, da werden wir es selbst befreien, das gilt auch von den Belgiern. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Versuch, in Belgien moralische Eroberungen zu machen, war von vornherein zum Scheitern verurteilt durch die zwangsweise Beschäftigung der belgischen Arbeiter. Dabei ist mit besonderem Mißgeschick verfahren worden. Der Kaiser hat jetzt verfügt, daß mit dieser zwangsweisen Einstellung einzuhalten sei und daß die zwangsweise Verschiebung in die Heimat verlassen werden sollen. Bedauerlicherweise ist es der Entente gelungen, China zum Abbruch der Beziehungen mit Deutschland zu bewegen. Wir hoffen, daß es nach dem Frieden gelingen wird, die freundschaftlichen Beziehungen im beiderseitigen Interesse wieder herzustellen. Zum Konflikt mit Amerika ist lediglich festzustellen, daß er an Schärfe gewinnt. In Mittelamerika, in Mexiko hat Deutschland stets ausschließlich wirtschaftliche Interessen verfolgt. Mit moralischer Entrüstung hat man während dieses Krieges häufig Stimmung zu machen versucht, namentlich auch in Amerika. Struppellos hat die Entente sich immer wieder bemüht, andere Völker zu ihrer Unterstützung in den Krieg hineinzuziehen. Wie die deutschen Arbeiter über das Verhalten Amerikas denken, das hat der

## Brief Legations an den Gewerkschaftsführer Compers

klar gezeigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In Rußland ist in den letzten Tagen ein unhaltbares System zusammengebrochen. Es ist nicht unabweisbar, daß man versucht hat, den Zusammenbruch durch den Krieg zu bannen. Diese Rechnung war trügerisch. Mit gespannter Aufmerksamkeit müssen wir verfolgen, wie sich die Dinge in Rußland entwickeln. Die geistigen Führer bei der Aenderung der Regierung werden sicherlich nicht im Sinne der Herbeiführung eines raschen Friedens. Die bürgerlichen Revolutionäre suchen sich vielmehr als Ausdruck der nationalen Verteidigung hinzustellen.

Auch Miljukow hat neuerdings den Willen der neuen Regierung zur Fortführung des Krieges bis zum Siege über Deutschland betont. Mit dem ihnen eigenen Jähzorn haben englische Minister dies als „wirkliche Enttäuschung“ für England begrüßt und haben ihrer Freude darüber Ausdruck gegeben, daß die Russen auch weiter für Großbritannien stehen wollen. Aber auch Führer der britischen Arbeiterpartei haben an den Vollziehungsausschuß in Petersburg ihrer Erwartung Ausdruck gegeben, die russischen Sozialistenführer möchten ihrer Partei befehlen, daß jedes Nachlassen des Kampfes gegen Deutschland zu einer Katastrophe führen müsse. Jetzt ist der Jubel in England und Frankreich über die russische Revolution fast gebämpft, denn nicht die Großkapitalisten und Kriegsherren geben in Petersburg allein den Ton an, sondern die proletarischen Massen reden nachdrücklich und deutlich mit uns diese Massen sind ausgesprochene Friedensfreunde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Juruf! Sie wirt!) In dem Aufruf der Dumafraktion der russischen Sozialdemokraten heißt es, das russische Volk habe kein Interesse an dem Weltkrieg, es lehne nach Frieden und verlange sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen. (Gravo! bei den Sozialdemokraten.) Wegen die schwedischen Sozialdemokraten mit der in ihrem Gläubigenschaftsamt ausgesprochenen Auffassung Recht behalten, daß das neue Kubrande nicht länger sein Gewicht in die Waagschale der Welt als erubrende militärische Macht werfen will, sondern als Wächter der Errichtung eines dauernden Weltfriedens. In Rußland befürchtet man nun, Deutschland könne den Versuch machen, bei der

## Wiederherstellung des zaristischen Regiments

eines Tages mitzumachen. Dieser Auffassung muß auch von deutscher amtlicher Stelle aus so rasch wie möglich entgegengetreten werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die proletarische Regierung warnt das russische Volk und die Armeen und Flotten vor der dringenden deutschen Gefahr; bei einem Siege Deutschlands würden die preußischen Soldaten die Russen aller Freiheiten berauben und die Herrschaft des Zaren wieder aufrichten. Es wäre gut gewesen, wenn der deutsche Reichskanzler demgegenüber sofort erklärt hätte, daß Deutschland sich nicht daran denkt, irgendwas in innerpolitische Angelegenheiten sich einzumischen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß das bisher auch nicht geschehen sei, wie Herr Spahn meinte, ist leider nur bedingt richtig. Ich erinnere nur daran, welchen Schanz vor dem Kriege preußische Behörden dem Zarismus haben angedeihen lassen, und man denke an den Kaiserlichen Prozeß schändlichen Angebens. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In ihrer Heimat zurückkehrende russische Sozialdemokraten haben dieser Tage vor ihrer Abfahrt von Kopenhagen in einem dortigen Blatte einen Aufruf an die deutschen Arbeiter gerichtet, bei der ersten Sorge Ausdruck gab, die deutsche Regierung könne irgendetwas zur Wiederherstellung des alten Regimes in Rußland tun. Die russischen Sozialdemokraten sagen uns Deutschen in diesem Aufruf: Wir wünschen sofortigen Frieden und werden mit aller Kraft dafür arbeiten. Aber jeder Versuch Deutschlands, dem alten Regime in Rußland Dienste zu erweisen, werde bei der russischen Arbeiterkraft auf härtesten Widerstand stoßen. Die Genferstelle des Auswärtigen Amtes hat diesen Aufruf verständigerweise zur Veröffentlichung zugelassen. Die

## militärische Zensur

aber hat die Veröffentlichung verboten. (Hört! hört! und Pfuihu! bei den Sozialdemokraten.) Das Volksgewissen in Moskau hat angeordnet, daß das Eingehen auf diesen Aufruf in der deutschen Presse mit allen Mitteln rückhaltlosestrenge zu verhindern sei. (Erneutes lech! Hört! hört! und laute Pfuihu! bei den Sozialdemokraten.) Es scheint, als wenn es keine Kariche und keine Dummheit gibt, die diese Zensur nicht macht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In diesem Falle hat die Unterdrückung dieses Appells an die deutschen Sozialdemokraten deshalb keinen Schaden anrichten können, weil nach unserer Ueberzeugung dieser Appell an die deutsche Arbeiterklasse gar nicht erforderlich war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die russischen Sozialisten können sicher sein, daß die deutschen Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit jeden Versuch von deutscher Seite bekämpfen werden, dem Zarismus heilsam beizuspringen. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Juruf bei den Sozialdemokraten; Mit allen Mitteln!) In den ersten Tagen der russischen Revolution wußten einige unverantwortliche Leute nichts Gefährlicheres zu tun, als zu fordern, die Vorgänge in Rußland auszunutzen, um möglichst weitgehende deutsche Eroberungsziele zu verwirklichen. (Juruf bei den Sozialdemokraten; Heiler Wahnsinn!) Es gäbe kein wirksameres Mittel, alle russische Friedensneigungen im Reime zu ersticken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allen Bedrohungen in dieser Richtung werden wir mit auferstem Nachdruck entgegenzutreten. Wir fordern, daß das Wort des Kaisers Geltung beibehält, und treibt nicht Eroberungslust. Das absolutistische Regime, dessen Verschlingung

tehr in unsere Erklärung am 4. August 1914 in den Vordergrund stellen, ist jetzt hoffentlich für immer befeitigt. Das russische Volk haben wir nie für diesen entsetzlichen Krieg verantwortlich gemacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei seinem Ringen für seine innere politische Freiheit wird dies Volk von unseren lebhaftesten Sympathien begleitet. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Voller Bewunderung und tiefster Verehrung gedenken wir besonders der heldenhaften Kämpfer, die jahrelange Kämpfe in Russland im Leben im Kampfe für die Freiheit liehen. (Wohlgelauteter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Falls die Stimmung in Russland für rasche Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens soweit wächst, daß sie für die Handlungen der neuen russischen Regierung bestimmend wirkt, fordern wir Sozialdemokraten von der deutschen Regierung, daß sie nichts unterläßt, was die Herbeiführung eines ehrenvollen dauerhaften Friedens mit unserem großen Nachbarvolk im Osten ermöglicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Erörterungen über die deutschen innerpolitischen Fragen werden täglich lebhafter. Die

#### Notwendigkeit einer gründlichen Neugestaltung

der Verhältnisse in den Kommunen, Einzelstaaten und im Reich wird immer dringender, den Volksmassen muß so rasch wie möglich ihr Recht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Regieren kann von nachgerade nicht wieder gut zu machen dem Schaden werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung möge auf alles achten, was vorgeht im Lande und in der Welt. Eine Neugestaltung nicht nur in Europa, sondern der Erde wird sich aus diesem Noth von Mut heraus durchziehen. Aber es gibt bei uns Kreise, die sich in unbegreiflicher Verblendung gegen jede Reform stemmen. So kann und wird nicht Weltgeschichte gemacht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Desbrück hat einmal gesagt, in mancher Beziehung habe uns der Krieg um zwei Generationen wirtschaftlich vorangeschleudert. Das stimmt, dann geht es aber nicht an, mit

#### politischen Reformen im Schneltempo

dieser rasenden wirtschaftlichen Entwicklung folgen zu wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die bekannten Reden im Herrenhaufe müssen außer wirken wie ein Triumph unserer Feinde. Haben diese doch immer gerade so erfolgreich Stimmung gemacht gegen Deutschland, daß sie auf die

#### Freiheitsfeindlichkeit des deutschen Regierungssystems

hinweisen. Mit diesem Hinweis ist eine verhängnisvolle Unsumme von Antipathie, von Vorurteilen gegen Deutschland hervorgerufen worden. Gewiß war dies nicht die Ursache des Krieges. Diese lag in dem Haß und der Furcht vor dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands. Aber die Rückachtung Deutschlands wegen seiner politischen Entartung, dieser moralische Faktor ist deshalb nicht von geringerer Bedeutung. Wir erkennen ohne weiteres an, daß auch manche Einrichtungen in den westlichen Demokratien noch recht mangelhaft sind, und wenn man in Frankreich und England die deutschen Zustände auf eine Stufe stellt mit dem früheren zaristischen absolutistischen Regiment, so machen wir das nicht mit. Wir haben sehr viel an den deutschen Einrichtungen auszuheben, aber Deutschland ist doch seit Jahrzehnten das Land des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, das Land der größten Arbeiterorganisationen der Welt, das Land blühender Arbeitergenossenschaften und einer Sozialpolitik, die wir, so verbesserungsfähig sie ist, doch nicht missen wollen. So viel ist sicher, daß es auch beim besten Willen der Reaktionsäre immer unumkehrbar werden wird, das bisherige preussisch-deutsche System aufrechtzuerhalten. Wenn Deutschland jetzt nicht nur im Westen, sondern hoffentlich auch im Osten Demokratie zu nachbarn haben wird, so wird das auch die Widerstrebensten bei uns zur Anpassung zwingen. Die Frage ist, in welcher Form die notwendige Umgestaltung konstatieren sollen. Von französischer Seite empfiehlt man uns das russische Beispiel zur Nachahmung. Wir aber wissen, daß eine Revolution in Deutschland, während von allen Seiten die Feinde gegen unsere Fronten antworten, die Niederlage Deutschlands zur Folge haben und damit unbeschreibliches Elend über das deutsche Volk bringen müßte. Wir haben angesichts der Vorgänge in Russland einen ganz neuen, klaren Kopf und nächste Heberlegung. Was uns im Falle der Niederlage ausgedacht ist, hat die Entente bei Ablehnung unseres Friedensangebots deutsch genug gesagt. Diese Situation hat uns heran, immer wieder den Kriegskredit zu akzeptieren, obgleich vieles, was während des Krieges in Deutschland geschah, unsere schärfste Kritik herausfordert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben früher erlittene Unheil keineswegs vergessen. Es war das Eingeständnis eines schweren, früheren Unrechts gegenüber der deutschen Sozialdemokratie, als der Kanzler am 14. März sagte: „Vor dem Kriege sind die Interessen der Arbeiterschaft häufig in einem angeblich unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen des Staates und der Arbeitgeber gestellt worden.“ Das ruft die Erinnerung nach an Sozialistengesetz, Reichstagsausgesetz, Rden über vaterlandstöße Gesellen usw. Diese Erinnerungen werden

#### nicht durch ein paar verbindliche Worte

ausgewischt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Beurteilung von innerpolitischen Erscheinungen während des Krieges, die ihnen nicht gefallen, mögen die berechtigten Klagen daran denken, daß hier ihre eigenen Sünden und die ihrer Väter nachwirken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit Zugeständnissen winziger Art will jetzt die Regierung die Neuordnung in Deutschland einleiten und das Zentrum will man durch Aufhebung des Jesuitengesetzes, die wir natürlich begrüßen würden, bei guter Laune erhalten. Man scheidet ihm Vorität bei der Remterbesetzung zu, man will endlich mit der alten Polenpolitik auftraumen. Aber warum dann nicht endlich gründlich Neuorientierung? Preußen hat leider nichts getan, um moralische Eroberungen zu machen, sondern verdirbt alles durch sein Ungeheiß und seinen bösen Willen. Von dem schweren Narred, das Elad-Lothringen gefahren ist, wird später zu reden sein. Dringen wir dann aber möchte ich den Reichskanzler, Pläne zu fördern, die darauf hinauslaufen, partikularistischen und dynastischen Bündnisse Rechnung zu tragen, während der staatsrechtlichen Stellung der Reichsländer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heber die

#### Rückstände in der Ernährungsfrage

herrscht im Volke ernste Mißstimmung, die an manchen Orten sich in bedauerlicher Weise Luft gemacht hat. Ich warne die Regierung, Vorgänge wie in Hamburg und in Magdeburg leicht zu nehmen. Gewiß können gewisse Ernährungsschwierigkeiten nicht überwunden werden, weil die englische Absperrung der Meere uns die Zufuhr unterbindet. Aber an politischen Reformen zum Zwecke der Behebung der Volkshunger wird die Regierung nicht durch die Entente gehindert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es sitzen die Gegner im eigenen Lande. Diese Reformen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß der Krieg uns nicht daran hindert dem Volke neue Steuerlasten aufzubaden, warum soll schließlich der Fortschritt im Kriege unterbleiben und worum schließlich in Deutschland. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) England ändert sein Wahlrecht mitten im Kriege. Der Reichskanzler nimmt davon Abstand, um die Empfindungen reaktionärer Kreise zu schonen. Die Nord von Berlinburg kennen keinerlei solche Rücksicht. Sie pfeifen auf den Burgfrieden. Wie lange wird der Reichskanzler dem Volke zumuten, dieser ungleichen Behandlung ruhig zuzusehen, wie lange will er mit Taten agieren? Wir haben angeragt, wenigstens ein Unrecht sofort zu befeitigen durch

#### Aufteilung der großen Wahlkreise

was das die Verfassung vorschreibt. Wir verlangen also nur, daß der Reichskanzler die Reichsverfassung respektiert.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Reform der Wahlkreise in den Einzelstaaten muß sofort in Angriff genommen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen und den mittelalterlichen Einrichtungen in Mecklenburg hätte schon bei Beginn des Krieges mit einem Federstrich aufgeräumt werden sollen, wenn die deutschen Staatsmänner sich auf die Aunft der Reichsdebatte verließen. Damit konnten große moralische Eroberungen bei uns und in der ganzen Welt gemacht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine dreifache Verdröhnung und Herausforderung der rechtlosen Volksmassen, wenn gefehert ein Junker im Herrenhaufe jagt, in Preußen bestehe jede Freiheit außer der des Stehlens und Rordens. Seder heißt die preussische Regierung noch immer auf dem Standpunkt, daß während des Krieges in Preußen nichts geändert werden soll, wenigstens nicht im Interesse der Volksmassen. Möglich wäre eine Wahlreform in Preußen sehr wohl, wenn nicht mit dem Landtag, so gegen den Landtag. Eine großzügige Tat des Reichskanzlers in dieser Frage würde die Begeisterung im Volke und bei den Truppen draußen gewaltig heben. Um die Keimen Kreise der bezorgten Nachhaber in Preußen bei guter Laune zu halten, sieht

#### der Reichskanzler tatenlos

zu, wie der Unmut der Volksmassen immer mehr wächst. Das ist eine verhängnisvolle Politik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warum legt er nicht einen Gesetzentwurf vor, der bestimmt, daß die Landtage aller Einzelstaaten aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgehen müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Wort: „Beide dem Staatsmann“ wird auch auf Herrn v. Bethmann mann zutreffen, wenn er in seiner bisherigen Untätigkeit verharrt. Wenn die demokratische Neuordnung nicht bald kommt, so bekommen wir nach dem Kriege die allerhöchstmöglichen Kämpfe, hat Herr Haußmann gesagt. Das sagen wir auch, nicht als Drohung, sondern als ernste Mahnung. Das deutsche Volk braucht nach dem Kriege seine ganze Energie, um die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat. Daher schaffe man

#### freie Bahn für ein freies Volk

in der neuen Zeit schon jetzt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Volk wird auch weiter für die Sicherheit des Vaterlandes sorgen um seiner eigenen Interessen willen. Aber, seien Sie sicher, ist diese Gefahr für das Vaterland vorüber und ist bis dahin nicht gegeben, dann werden wir für das Volk die Rechte durchsetzen verstehen, auf die es Anspruch hat, wenn nicht im Guten, dann im zähesten, entschlossenen Kampfe. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Dr. Müller-Reinigen (Rp.):

Es ist nicht die Aufgabe Deutschlands, sich in die inneren russischen Verhältnisse zu mischen. Das aufstrebende arbeitende Volk in Russland will offenbar den Frieden. Deutschland ist bereit, mit dem russischen Volke einen Frieden zu schließen, der es uns ermöglicht, die alten freundschaftlich-wirtschaftlichen Beziehungen wieder anzuknüpfen. (Bravo!) Das Verbot der Verbreitung des Aufbaus der russischen Sozialisten durch das Magdeburger Polizeipräsidium ist ein unerhörter Willkürakt. Den Fehdehandschuh, den und die alten Feudalen im Herrenhaufe entgegenworfen haben, nehmen wir auf. Es handelt sich hier um ein altes frubales Pronuntiamiento gegen den Geist der neuen Zeit. Graf Nord erwählte auch die Gubernare. Jene Affäre brachte ein einmütiges Aufstehen des ganzen Parlaments, mit Ausnahme der äußersten Rechten, gegen die Ausbreitungen der Militärgewalt. Inzwischen sind die damaligen Forderungen des Parlaments erfüllt, seine Geltung in der Gubernare ist glänzend gerechtfertigt worden. (Sehr wahr! links.) Die Verdächtigung des Grafen Nord, daß wir die Kredite bewilligt hätten, um politische Verleumdung durch einzuweihen, weise ich als beleidigend zurück. Die Rede des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaufe bindet nicht nur den Mann, sondern auch die Regierung, auch seinen Nachfolger und die Krone. Ihre Urkunden waren nach allen Seiten sehr gut. Alle diese Dinge, auch diejenigen die sich um den U-Boot-Krieg ranken, waren ja in letzter Linie zurückzuführen auf die Angst vor der sogenannten Neuorientierung. (Stürmische Unterbrechungen rechts.) Wer die offenen und geheimen Widerstände kennt, kann sich über die Wirkung der Kanzlerrede im Lager der Plebeioservativen nicht wundern. Es lebte ja nur noch die Aufforderung, den „gemeingefährlichen Kollektivisten“, Herrn v. Bethmann, einfach niederzulassen. (Rufe rechts: Un-erhört!) Der jetzige König von Bayern hat schon vor dem Kriege unter Zustimmung der konservativen bayerischen Reichsratskammer erklärt, das Volk sei reif für das allgemeine direkte Wahlrecht. Steht das preussische Volk etwa politisch tiefer?

#### Werde denen, die die Zeit verschlafen!

Die großen inneren Umwälzungen in Russland und England können wir nicht als ungeheuer ansehen. Die Nichtbeachtung der jetzigen Gelegenheit könnte für das Reich und die Bundesstaaten unabsehbare Folgen zeitigen. Geben Sie wenigstens den zweiten Personaldezernenten im Auswärtigen Amt auf, den Wächter des Eiernes Ringes der Feudalen. Untrüglich ist die Militärdiktatur des Belagerungszustandes, das Schutzhafte wird durch das Kriegsgesetz vollständig mißachtet. Wir haben jahrelang geschwiegen, aber jetzt müssen wir reden, sonst würde die große Stimmung, die wir zum Schluß des großen Dramas brauchen, unter der Mißstimmung leiden. Nichts hat uns im Ausland früher mehr geschadet, als die

#### Ausbreitungen einer ungezügelter Militärgewalt,

der Anschein alles militärischen Absolutismus. Herr v. Schorlemer sagt freilich, der militärische Absolutismus hat Deutschland groß gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Das sagen Sie in demselben Augenblick, in dem der größte Militärabolutismus, den die Weltgeschichte jemals sah, wie ein Kartenhaus zusammenbrach. (Lebhafte Zustimmung links.) Nicht militärischer Absolutismus, Willkür und Regieren jeden Rechts, sondern die organisierte deutsche Volkskraft hat Deutschland vom Untergang gerettet. Der Reichskanzler will ein härteres und freieres Deutschland schaffen. Aber bezüglich der Freiheit im Innern wird eine kleine mächtige Partei sich in vermessener Tröbe der Zeit entgegenstemmen. Für die Stärke und Macht des zukünftigen Deutschland sorgt unser Volksherr, wir aber wollen nicht durch Taten des Krieges, sondern durch Taten aufbauender friedlicher Kulturarbeit beweisen: am deutschen Wesen soll die Welt genesen. (Anhaltender Beifall.)

#### Abg. Dr. Stresemann (nall.):

Durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg ist die Lage der neutralen Mächte recht schwierig geworden, aber nicht durch unsere Schuld. Er wäre vermeidbar gewesen, wenn die Neutralen sich den völkerrechtswidrigen Übergriffen Englands energisch widersetzt hätten. Das lassen sie sich nicht alles von England gefallen. Die Vereinigten Staaten von Amerika hätten die Macht gehabt, die Freiheit der Meere zu sichern. Wir wollen den Krieg mit Amerika nicht. Amerika kann auch bei einem solchen Krieg nichts gewinnen. Aber aufgepeitscht sind dort die Leidenschaften gegen uns durch ein Herbild von Deutschland, das als Rußland des Absolutismus und Militarismus hingestellt wird. Das ist auch unsere eigene Schuld, weil wir nie eine großzügige Propaganda zur Aufklärung der öffentlichen Meinung entfaltet haben. — Die Umwälzung in Russland läßt sich in ihrem Umfange noch nicht klar übersehen. Aber klar ist schon das eine: wer sich mit England verbündet, wird sich damit selbst überlegt man sich das auch in Italien, ehe es zu spät ist. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) In Deutschland hat keine Partei und keine Gruppe irgendwie Sympathie mit dem Jaren Nikolaus. Wir kämpfen auch in Deutschland für eine Neuorientierung der Dinge, wie sollten wir da auf den Gedanken kommen, deutschen geistigen, politischen und etwa auch militärischen Einfluß einzusetzen zu wollen für das russische Jatum. Jedes Volk trägt die Verantwortung

für seine Geschicke selbst. Gegenüber dem russischen Volk haben wir nie ein Gefühl des Hasses gehabt. Wir wollen mit allen Völkern im Frieden leben, und die Möglichkeit dazu haben die, die unter Friedensangebot zurückgewiesen haben, wenn sie jetzt überseits das Wort nehmen. Nach der Befreiung von fremden Joch im Jahre 1813 ist das Versprechen auf verfassungsmäßiges Leben nicht eingelöst worden, vor allem durch den Einfluß Rußlands. Nichts ist falscher, als der im Herrenhaufe geäußerte Anspruch, der militärische Absolutismus habe Deutschland und Preußen groß gemacht. Freiberger v. Stein, Gneisenau, Scharnhorst, Richte usw. finden kein Verhängnis über den Reden der Jork und Koon im Herrenhaufe. Es ist unerträglich, wenn in jetziger Zeit ein Mitglied des Herrenhauses von einer Reform des Reichstagswahlrechts in seinem Sinne zu sprechen wagt. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Was wir über die Anwendung der Schutzhafte in Elad-Lothringen im Ausschuß erfahren haben, ließ manchmal

#### das Blut in den Adern erstarren,

und zeigt, wie gefährlich das Wort vom militärischen Absolutismus ist. Das Volk will nicht wissen vom militärischen Absolutismus. (Lebhafte Beifall.) Die Angriffe des preussischen Landwirtschaftsministers gegen den Reichstag sind sehr bedauerlich. Wenn etwas aus dem Weltkrieg gerecht hervorgeht, so ist es der deutsche Reichsgedanke. (Lebhafte Beifall.) Wir freuen uns der Ausführung des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaufe. Aber mit der diesen Worten entsprechenden Tat braucht man nicht bis zum Ende des Krieges zu warten.

#### Es ist jetzt endlich Zeit,

mit der Neuordnung der Dinge in Preußen und Deutschland zu beginnen. (Lebhafte sehr wahr!) Wenn die politischen Einigungsgesetze geändert werden können, dann kann auch die Wahlrechtsreform in Preußen in Angriff genommen werden. Die politischen Fortschritte haben bei uns nicht Schritt gehalten mit der glanzvollen wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben glänzende Reformminister, aber kein politisches Verhängnis. Deutschland ist reif für eine parlamentarische fortschrittliche Entwicklung. Das preussische Wahlrecht ist eine deutsche Frage, weil Preußen der Kern Deutschlands ist. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Staatsgedanken hängt von der Gestaltung des preussischen Wahlrechts ab. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht gleichgültig, ob die größte Partei Deutschlands nach dem Kriege wieder in die Opposition gedrängt wird. Von der preussischen Wahlreform erwarten wir die Freimachung der Kräfte im Innern. Wir fordern Gleichberechtigung aller Parteien im Staat und in der Verwaltung. Auch die Intelligenzen der Sozialdemokratie dürfen nicht mehr von den Staatsmännern ferngehalten werden. (Bravo! links.) Staat und Volk müssen sich zu einer Einheit zusammenschließen. Die Kluft zwischen Volk und Regierung muß überbrückt werden. Dann wird das Staatsgefühl des deutschen Volkes das beste Fundament der deutschen Zukunft werden. (Lebhafte Beifall links.)

#### Abg. Graf Westarp (L.):

Unsere Parteigrundzüge haben durch den Krieg ihre volle Bestätigung gefunden. (Geschlechter links. — Lebhafte Bravo! rechts.) Wir befürchten, von den Neuorientierungsörterungen eine Verschlechterung der Kräfte im Innern und eine Erhöhung des Kriegsmuts der Feinde. (Sehr wahr! rechts. Widerspruch links.) Darum gehen wir heute nicht auf die Rede des Reichskanzlers vom 14. März ein. Wir halten die preussische Wahlrechtsfrage noch wie vor für eine innerpolitische preussische Angelegenheit. Gestern erst hat die preussische Regierung erklärt, mit der Neuorientierung im Kriege nicht beginnen zu wollen. Damit sind wir ganz einverstanden. (Lebhafte Zurufe links.) Werden die Fragen nach dem Kriege durch Vorklagen zur Entscheidung gestellt, dann werden wir dazu Stellung nehmen. Die Vorkläger gegen einzelne Mitglieder des Herrenhauses — ernste Männer von tadelloser Vergangenheit — (Große Heiterkeit links) und gegen das Herrenhaus selbst weise ich zurück. Widersprochen werden muß der Behauptung des Abg. Dr. Müller-Reinigen, als ob wir in der U-Boot-Frage von innerpolitischen Rücksichten hätten leiten lassen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auch wir wissen, daß große Aufgaben bevorstehen. Sie kennen die Auserkennung des Herrn v. Heberbrand über das Wahlrecht. (Heiterkeit links und Mitte: Das ideale Wahlrecht!) Ah Gott, sprechen wir doch hier nicht von Idealen. (Große Heiterkeit.) Herr v. Heberbrand und auch gestern Herr Graf Ernst Günther haben anerkannt, daß das preussische Wahlrecht verbesserungsbedürftig ist. Es gibt aber gewisse Grundausfassungen, die wir nicht verlassen werden. Eine konstitutionelle, aber starke Monarchie ist geeignet, die volle Kraft des deutschen Volkes zu entwickeln. Was wir an Erbsitterungen in feindlichen Ländern erleben, ist ein neuer Ansporn, an diesen Grundlagen festzuhalten. Wir wollen kein Königtum wie in Dänemark und England, kein Despotatensystem, sondern ein Königtum von Fleisch und Blut. (Beifall rechts.) Die Mitwirkung des Parlaments an der Gesetzgebung wollen auch wir. Was wir nicht wollen, ist ein Kampf um die Erweiterung dieser Rechte. Wir wollen nicht das parlamentarische Regime im dem Sinne, daß der Monarch verpflichtet ist, sein Ministerium aus der Mehrheit des Parlaments zu nehmen. (Beifall rechts.) Der vom Landwirtschaftsminister getane Ausdruck, daß der militärische Absolutismus den Grund zu Preußens und Deutschlands Größe gelegt habe, ist nicht gerade glücklich, aber richtig, wenn man bis zu dem letzten Friedrich Wilhelms I. und Friedrich des Großen zurückdenkt. Unsere politische Unfreiheit, sagt man, hat uns in Mißkredit gebracht. Die Schuld daran trägt die übertriebene demokratische und namentlich sozialdemokratische Agitation. Man sein, daß nach dem Kriege

#### eine große demokratische Welle

kommt. Wenn sie wegschwemmen will, was wir als die Grundlage für Deutschlands Größe erkannt haben, so werden wir Konterpartien, mögen wir zahlreich sein oder nicht, uns ihr entgegenstemmen, unabhängig nach oben und unten. (Lebhafte Beifall rechts.) Die vorliegenden Anträge lehnen wir sämtlich ab, wir erkennen das Bedürfnis zur Prüfung der verfassungsrechtlichen Grundlagen nicht an. An dem ungeheuerlichen Zusammenbruch in Russland ist das alte Regiment gewiß nicht ohne Schuld gewesen. Wir haben keinen Anlaß, uns in diese inneren Dinge einzumischen. Wir haben den Wunsch nach Frieden mit Russland auch unter seiner neuen Regierung. Aber an der Auffassung über die Notwendigkeit der Sicherung unserer Grenzen ist durch die russische Revolution nichts geändert. Der U-Boot-Krieg, unser Heer und Hindenburg werden uns den Frieden bringen. (Lebhafte Beifall rechts.)

#### Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Ich danke dem Reichstage für die glatte und schnelle Erledigung der Steuerverträge. Damit hat sich der Reichstag ein neues Verdienst um unser Land erworben.

#### Die Bedeutung der

#### Ereignisse in Russland

kann nicht übersehen werden. Soweit mir zu erkennen vermögen, ist Kaiser Nikolaus das Opfer eigener tragischer Schuld geworden. Seit langer, langer Zeit waren Deutschland und Russland durch traditionelle Freundschaft verbunden. Im russischen Herrscherhaus war der letzte Träger der guten Beziehungen eigentlich Kaiser Alexander II. Unringend der Gatte, die die benachbarten Reiche durch ein Jahrhundert verknüpft hatten, umgeben der Latache, daß keine vitalen Interessengegenstände beide Länder trennen. Ist Zar Nikolaus mehr und mehr ins Fokymasser der Ententevolks und der panlawistischen Strömungen, und geriet schließlich in so starke Abhängigkeit von dieser unter dem autokratischen Regime herrschenden Partei, daß er in den Schicksalstagen von 1914 den Appell des Kaisers an die alte Freundschaft: ungehört verhallen ließ.

Es ist eine bei unserem Gggnarz beliebte Legende, daß wir



wenn genügend hohe Preise, etwa 9-10 M., dafür gezahlt werden. Dann werde ich auch

mit Berlin wieder ein Kartoffelgeschäft machen können. Beim letzten Geschäft bin ich ja reingefallen, aber ich habe doch geliebt. Nun soll das System noch feiner gegossen werden. Man soll nichts befehlen, was man nicht kontrollieren kann. Die Lebenshaltung auf dem Lande ist nicht zu kontrollieren. Der Kohlenhändler wird immer noch einen warmen Ofen haben, wenn andere Leute schon frieren. (Weiterzeit und Sehr richtig!) Dieser Satz gilt auch für die Landwirtschaft. (Beifall.)

Oberbürgermeister Wermuth-Berlin: Herr v. Oldenburg wollte damals zum Preise von 3,40 M. für den Zentner Kartoffeln nach Berlin liefern. Wenn damals schon im Hintergrunde ein Höchstpreis von 9-10 M. bestanden hätte, Herr v. Oldenburg würde seine Kartoffeln im freien Handel wohl nicht für 3,40 M. an Berlin abgegeben haben. (Weiterzeit.)

Oberbürgermeister Matting-Breslau: Die Schlesiische Landwirtschaftskammer hat einmütig die Oldenburgischen Vorschläge abgelehnt. Der schlesischen Bevölkerung darf nicht mehr zugemutet werden als unbedingt notwendig ist.

Graf Schulenburg-Grünthal: Mit der Stimmung der Bevölkerung muß gerechnet werden, deshalb dürfen die Preise nicht zu sehr steigen. Die Professoren haben eine gesunde Preisrelation hergestellt.

Oberbürgermeister Koch-Köfel: Gewiß verdient der Handel Hochachtung. Aber nicht alle Händler sind einseitig und die Höchstpreise werden von ihnen rücksichtslos überschritten. Damit nicht und fällt das ganze Oldenburgische System.

v. Oldenburg-Nanuschau: Bei dem Berliner Kartoffelgeschäft hatte ich zu 3,40 M. abgeschlossen, mußte aber zu 2,75 M. liefern, weil der Bundesrat den Preis herabsetzte. Wenn damals ein Höchstpreis von 9 bis 10 M. im Hintergrunde gestanden hätte, meinen Zentner hätten Sie für 3,40 M. bekommen, Ergänz. Wermuth. (Weiterzeit.)

Oberbürgermeister West-Königsberg: Sollte tatsächlich das Kriegsernährungsamt auf die Saatkartoffeln zurückgegriffen haben, so wäre das eine höchst ansehnliche Maßnahme. (Sehr richtig!)

Landwirtschaftsminister Freiberger v. Schorlemer: Die letzte Bestandaufnahme für Kartoffeln hat ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis gehabt. Wenn an einzelnen Stellen die Saatkartoffeln herangezogen ist, so war das eine Vorsichtsmaßregel lediglich zu dem Zweck, in den nächsten Monaten die Versorgung der Städte mit Kartoffeln sicherzustellen.

Graf Ranke-Rastdorf: Graf Schulenburg hat behauptet, daß das Kriegsernährungsamt Stimmungen folge, ja es ist noch schlimmer: das Kriegsernährungsamt fürchtet sich davor, daß höhere Preise den Unwillen der Arbeiterbevölkerung hervorrufen könnten. Es treibt also eine Angstpolitik. In Holstein sind uns sämtliche Saatkartoffeln bereits fortgenommen worden. (Hört! hört!) Das nennt ich Augenblickspolitik auf Kosten der Zukunft.

Landwirtschaftsminister Freiberger v. Schorlemer: Die Reichslandwirtschaftliche hat sich in der Frage der Saatkartoffelversorgung nicht von einem Augenblickspolitiker leiten lassen, sondern von der Ermüdung, daß in diesem strengen Winter angesichts der Unmöglichkeit, Kartoffeln auf andere Weise zu beschaffen, Kartoffeln da genommen werden mußten, wo sie waren. Dabei die an sich bedauerlichen Eingriffe in die Saatkartoffeln. Jeder bekommt seine Saatkartoffeln zurück, so daß ein wesentlicher Rückgang der Anbaufläche aus dieser Maßnahme nicht zu befürchten ist. (Beifall.)

Herr Freiberger freut sich über diese Erklärung des Ministers. Vertreter des Kriegsernährungsamts Graf Schulenburg-Grünthal: Dem Wunsch des Grafen Ranke gemäß werde ich von dieser Stelle (Regierungsbank) sprechen. (Weiterzeit.) Das Kriegsernährungsamt treibt keine Angstpolitik.

Herr v. Salin-Hortsmar wendet sich gegen die am Mittwoch von Professor Loening aufgestellte Behauptung, Preußen sei noch immer ein Polizeistaat. Der heutige „Vorwärts“ macht sich dieses Wort bereits zunutze. Es wäre nützlich, wenn die Herren, die dem „Vorwärts“ nahestehen, für eine entsprechende Aufklärung sorgen würden.

Föderationsminister v. Dehnbredt: Nichts ist falscher, als die Behauptung, Preußen sei ein Polizeistaat. Das Wort: „Freie Bahn jedem Tüchtigen!“ wird längst befolgt. Deshalb ist es verwunderlich, daß es überhaupt so viel Aufsehen erregen konnte. Ich habe noch niemals jemand gefunden, der gesagt hätte: „Freie Bahn dem Idioten!“ (Weiterzeit.) Die ganze Welt aber hat mit Bittern sehen müssen, was unsere Monarchie in diesem Kriege geleistet hat. (Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Johannsen-Krefeld: Man hat so viel davon gesprochen, wie unsere Feldgrauen denken. Mancher, der als Sozialdemokrat hinausgezogen ist, wird als staatsverfallender Mann zurückkehren. Aber auch mancher Reaktionsär wird als moderner Mann zurückkommen.

Oberbürgermeister Dr. Kise-Halle: Wenn Preußen auch kein Polizeistaat mehr ist, es herrscht in ihm noch der alte Polizeigeist. Besonders jetzt im Kriege spüren wir das. Sogar ein Oberbürgermeister einmal ein scharfes Wort in der Ernährungsfrage, sogleich erhält er einen Ruffel wie der scharfe Sozialdemokrat. Gestern ist gesagt worden: Hände weg vom alten Preußen! Das Wort ist unrichtig und unzeitgemäß. Wir brauchen alle Hände für die Reform in Preußen und deshalb muß es heißen: Hände ran an unser altes Preußen! Dieses Preußen muß neugehalten werden, es muß sich verjüngen. Gewiß, die Leute in den Schützengräben träumen nicht vom Wahlrecht. Aber sie haben das Bewußtsein, daß etwas Neues werden muß im Vaterlande. Der März geht zu Ende. Zum ersten Mal hat dieses Haus Märzwind gespürt. Sorgen wir dafür, daß dieser Frühling auch nicht umsonst durch dieses Haus gegangen ist. (Beifall links.)

Professor Esenig-Halle: Reint Herr Salin mich, als er von

Nitroglycerin des Hauses sprach, die dem „Vorwärts“ nahestehen? Offenbar steht er dem „Vorwärts“ näher als ich, denn er liebt ihn, ich aber nicht. (Weiterzeit.)

Damit schließt die Aussprache über Ernährungsfragen und innere Politik.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatung, kleinere Vorlagen. Schluß 7 Uhr.

## Die Schwedische Ministerkrise.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Die politische Krise in Schweden zieht sich schleichend von Tag zu Tag weiter, ohne daß eine Entscheidung herbeigeführt wird. Im geheimen Ausblick des Reichstags wird seit Montag (10. März) zwischen der Regierung und den Führern der Parteien der beiden Kammern verhandelt, ein Resultat will aber nicht herauskommen. Die Verhandlungen werden geheim geführt und — „nichts Gemisses weiß man nicht!“ Aber es ist offenbar, daß neben der Verlängerung des Kriegshandelsvertrages (gegen die Handelskorporation und Umgehung der handelspolitischen Maßnahmen der Regierung) und der Bewilligung der Neutralitätskredite die Frage der handelspolitischen Verhandlungen mit England die Hauptrolle in diesen geheimen Sitzungen spielt. Eine Einigung zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit erscheint unmöglich. Die Mehrheit (Sozialdemokraten und Liberale) fordern das Haupt des Staatsministers, sie will ein neues Ministerium erzwingen, und bei solcher Sachlage sind alle Einigungsversuche sozusagen mählig.

Dem Staatsminister werden verschiedene schwere Vorwürfe gemacht. Erstens soll er die Rechte des Reichstags mißachtet haben, indem er diesen teils vor vollendete Tatsachen stellt, teils die Budgetrechte des Reichstags umgangen haben soll. Zweitens, und das ist der Hauptvorwurf, soll er die Verständigung mit England, d. h. die Unterordnung Schwedens unter die handelspolitischen Forderungen Englands verhindert und dadurch die Zufuhr wichtiger Lebensmittel und Rohstoffe erschwert haben. Man wirft ihm vor, daß er durch völkerrechtliche Prinzipienverletzung diese Situation mit England herbeigeführt habe.

Die konservative Presse, die die industriellen und Großhandelskreise vertritt, weist diese Beschuldigungen gegen den Staatsminister entschieden zurück. Da die Regierung selbst über die vertraulich behandelten Einzelheiten der schwedisch-englischen Verhandlungen nicht reden kann, ist ein endgültiges Urteil über diese Frage schwer zu fällen. Man geht aber nicht fehl, wenn man die Urlosche der Gegensätze in der verschiedenartigen Auffassung der Neutralitätspolitik überhaupt sucht. Die Mehrheit des Rabinets unter Hommorskjöld will unter allen Umständen vermeiden, daß Schweden in den englischen Einkreisungsring gegen Deutschland einbezogen wird. Die Minderheit wiederum, die den Kreieren der Hochfinanz nahesteht, mißt dieser Seite der Angelegenheit weniger Bedeutung bei; sie betreibt, wie ein führender Politiker mir sagte, „Geldpolitik“, d. h. eine Politik, die dem Lande aus dem Kriege die größtmöglichen wirtschaftlichen Vorteile sichern soll und für die sich daraus ergebenden staatspolitischen Folgen weniger Sinn bekundet.

An diesen Gegensätzen im Ministerium selbst wurde die Ministerkrise akut, die von der Reichstagsmehrheit seit dem Zusammentritt des Reichstags und nach mehrmonatiger sorgfältiger Vorbereitung in der Presse eritrebt wurde. Das Ministerium hat inzwischen zwar eine Einigung in der englischen Vertragsfrage erzielt, aber sie scheint nur wenig fest zu sein. Denn es ist immer noch die Rede von gewissen Umgestaltungen im Ministerium, die als Ausweg aus der Krise gedacht sind, und in einer offiziellen Rundgebung des Staatsministers, die in der Presse hier als Antwort auf die Ausführungen des englischen Ministers des Aeußeren im Unterhause am 21. März erschien, ist eine scharfe Spitze gegen Herrn Wallenberg, den schwedischen Minister des Aeußeren, enthalten. Derselben wird offen zum Vorwurf gemacht, mündliche Mitteilungen des englischen Gesandten in der gesperrten Rogrundrinne dem Staatsminister vorenthalten zu haben.

Die Sperrung dieser Fahrstraße, die der englischen Schifffahrt die Möglichkeit bieten würde, über schwedisches Territorialgewässer in und aus der Ostsee zu gelangen, bildet ein eskalantes Beispiel für die verschiedenartige Auffassung der Neutralität in den politischen Kreisen Schwedens. Die Regierung hat im Januar 1915 ein Transitverbot für Kriegsmaterialien über Schweden erlassen, weil ein solcher Verkehr ihrer Auffassung der Neutralität widerspräche. Die Rogrundrinne ermöglichte aber England, mit eigenen oder fremden Schiffen dieses Verbot umzurochen zu machen, indem an Stelle der schwedischen Eisenbahnen die Territorialgewässer für den neutralitätswidrigen Verkehr

benutzt werden sollten. Das verlangte seinerzeit die Sperrung, die von Branting und einigen liberalen Blättern scharf angegriffen wurde.

Neuerdings verlangt nun England wiederum freie Durchfahrt für seine in russischen und finnischen Häfen liegenden Schiffe durch diese Rinne, und es will sogar gewisse Kompensationen dafür gewähren. Diese sind zwar recht eigenartiger Natur. Seit einiger Zeit werden in englischen und anderen Ententehäfen mehr als 100 schwedische Schiffe zurückgehalten, wider alle völkerrechtlichen Grundsätze. Diese Schiffe sollen nun hinausgelassen werden, wenn Schweden die englischen Schiffe, die in russischen Häfen liegen, durch die obengenannte Fahrstraße hinausläßt und sie so vor den deutschen Seestreitkräften schützt. Die Presse der Linken unterstützt die englische Forderung, die Regierung kann die Frage nur in Verbindung mit den sonstigen Differenzen mit England lösen, unter denen die englische Forderung auf einen monatlichen Transit von mindestens 3000 Tonnen Waren über Schweden nach Rußland eine größere Rolle spielt.

So türmen sich die Schwierigkeiten aufeinander. Innerlich nicht sehr fest, ist das Ministerium Hommorskjöld auf die Dauer kaum in der Lage, den englischen Uebergriffen Widerstand zu leisten, wenn diese wie jetzt die Unterstützung der Mehrheitsparteien in der Zweiten Kammer finden.

Andererseits ist auch der Ausweg aus der innerpolitischen Krise schwer zu finden. Die Konservativen lehnen aus guten Gründen die Teilnahme an einem Koalitionsministerium ab. Das jetzige Ministerium besteht aus konservativen Anhängern, auch wenn sie nicht konservative Parteipolitiker sind, sie vertreten also durchaus eine konservative Politik. Da die Konservativen in der Zweiten Kammer die zweitstärkste Partei sind und in der Ersten Kammer die Mehrheit haben, ist ihre parlamentarische Lage viel zu vorteilhaft, als daß sie zugunsten der Forderungen der Linken ihre eigenen Anhänger aus dem Ministerium ausschiffen könnten. Die Linke aber ist keineswegs bereit, im Ernstfalle die parlamentarischen Konsequenzen aus der Lage zu ziehen. Das Hauptorgan der Liberalen, „Dagens Nyheter“, erklärt heute rund heraus, daß für die Liberalen ein Linkenministerium undiskutabel ist, da die Konservativen einem solchen Ministerium gegenüber keinen Burgfrieden halten würden — genau wie es jetzt umgekehrt der Fall ist. Das Blatt verlangt ein Ministerium der Konservativen, was diese aus den gleichen Gründen ablehnen.

Die Situation ist in diesem Augenblick demnach folgende: Das Ministerium Hommorskjöld ist unhaltbar, weil die Parteien der Linken dem Ministerpräsidenten die Unterstützung verweigern. Ein Ministerium der Linken ist unmöglich, weil ein solches als Ententeministerium aufgefaßt werden und in der auswärtigen Politik Schiffbruch erleiden müßte. Die Liberalen lehnen aus der Erkenntnis der inneren Schwäche der Linken ein Linkenkabinett ab. So erscheint keine andere Lösung möglich, als eine Rekonstruktion des Ministeriums Hommorskjöld, um dieses homogener zu gestalten. Da die parlamentarischen Parteien verlegen, zwingt sich der Gedanke an die Berufung „starker Männer“ auf, in diesem Falle besonderer Kapazität, die das Staatsruder durch die Brandung des Weltkrieges steuern können. Ob solche zu finden sind, vermag noch niemand zu sagen.

Wilhelm Jansson.

## Berichtszeitung.

Im Prozeß Thyssen hat gestern das Reichsgericht zugunsten des Sohnes Th. entschieden und die Revision von Thyssen sen. verworfen. Es handelte sich dabei bekanntlich um die Frage, ob die Rechte des Sohnes aus einem Familienvertrag von 1886, demzufolge er mit seinen Geschwistern zum Mitsitzer des Thyssenschen Vermögens einsetzt wurde, in die Konkursmasse seines Vermögens fallen oder nicht.

## Aus aller Welt.

„Frühlingsboten“. Festliche Scherenschnitten wütelten, wie aus Köln gemeldet wird, am gestrigen Donnerstag im ganzen rheinischen Industriegebiet.

Die Maulpest hat in Britisch-Indien während des Februars eine erhebliche Verbreitung gefunden. Der militärische Oberbefehlshaber ordnete infolgedessen die Ueberbringung sämtlicher Truppen aus Indien nach Bengalen an. Die Zahl der Erkrankten in Europa soll größer sein als bisher, weil es an Ärzten fehlt. Ende Februar trafen portugiesische Bergs ein, die sofort veranlaßt, daß alle Kranken isoliert wurden.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Mild, jedoch vorwiegend trübe mit weit verbreiteten Nebelzügen.



Und's die Augen, Geh' zu Ruhcke!

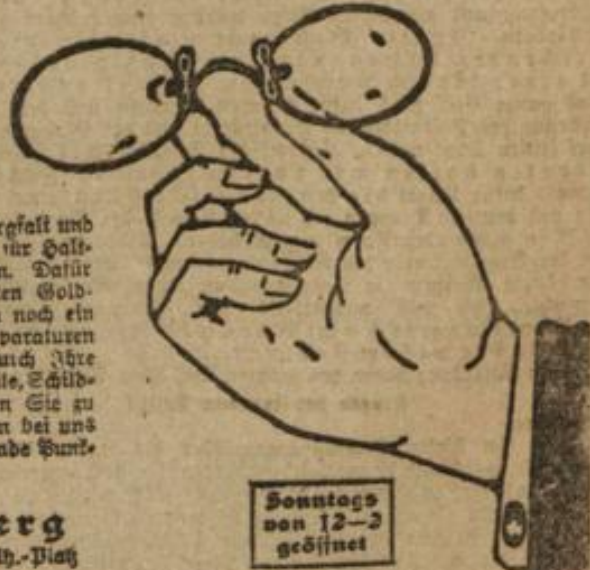
## Bier Augen sehen mehr.

So alt auch diese Wahrheit ist, so wenig wird sie beherzigt. Wenn Sie mit Ihren beiden Augen nicht mehr genau sehen können, wenn Ihnen die Arbeit sauer wird oder das Lesen bei Licht zur Anstrengung, wenn Sie die Schilder der Straße oder der Bahn nicht schon von fern zu erkennen vermögen, so kommen Sie zu uns und lernen Sie mit vier Augen sehen. Falls Sie schon Gläser benutzen, so geben Sie uns Gelegenheit, Ihnen zu zeigen, ob wir nicht doch mit unseren Punktio-Gläsern Ihr Sehen verbessern können. Wir haben Gläser zur Ausgleichung eines jeden optischen Fehlers, soweit dies überhaupt möglich ist. Mit zur passenden Punktio-Gläsern wird eine Arbeit Vergnügen bereiten, die Ihnen vorher zur Last wurde, oder Sie werden Schilder an der Straßenbahn erkennen, bis-

leicht schon in einer Entfernung, in der Sie früher kaum die Bahn bemerkt hätten.

### Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 4.50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Double-Rastler (ohne Gläser) und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. so lange alle Reparaturen umsonst, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornröhre, Schilddampf und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen. Ein Paar einfache Gläser kosten bei uns 1 M., fast gedöhlte, punktuell abbildende Punktio-Gläser nur 3 M. des Paar.



## Optiker Ruhcke Neu: Schöneberg

Haupt-Str. 21 am Kaiser-Wilh.-Platz

Wilmersdorf:  
Berliner Str. 132-3  
a. d. Uhlenb.-Str.  
Friedenau:  
Rhein-Str. 18, gegenüber der Kaiser-Str.

C. Am Alexander-Platz  
neben Ringel.  
Spittelmarkt, gegenüber der  
SO. Oranien-Str. 44,  
nahe Oranien-Str.

W. Leipziger Str. 113,  
bei Bauer-Str.  
Karl-Str. 1, & Potsdamer Str.  
Friedrich-Str. 180,  
bei Tuchen-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,  
bei Dorst-Str.  
N. Chaussee-Str. 72,  
Jannitschen-Str. 164,  
bei Brunnen-Str.

Charlottenburg:  
Tauentzien-Str. 13,  
bei Westburger-Str.  
Jochimsdaller Str. 2,  
am Babnuf-See.

## Transportdampfer Tyndareus auf Mine gelaufen.

Amsterdam, 20. März. Aus London wird gemeldet, daß der Transportdampfer Tyndareus (11 000 Tons), der ein Regiment Infanterie an Bord hatte, in Höhe des Kap Angulus (Südpol von Afrika) am 9. Februar auf eine Mine gelaufen ist. Zwei Dampfer, welche zur Rettung ausgesandt wurden, holten die Soldaten von Bord des Schiffes. Das Schiff lag darauf in schwer beschädigtem Zustande in Simonstown an.

## Ein Flamenprotest an den Reichskanzler.

Die Konstituierung des Rates von Flandern und der Empfang einer Abordnung desselben durch den Reichskanzler hat einen Protest an den Reichskanzler zur Folge gehabt. Wie Wolff meldet, stehen hinter diesem Protest „ungefähr die nämlichen Kreise, die im Frühjahr 1916 mit einer Eingabe an den deutschen Generalgouverneur der Flämisierung der Universität in Gent zum Scheitern zu bringen suchten“. Die Unterzeichner, größtenteils Parlamentarier und Bürgermeister, suchten, die Bedeutung des Rates von Flandern zu verkleinern, das Programm der Verwaltungstrennung als rein deutsche Sache hinzustellen, deren Durchführung überdies gegen die Haager Konvention verstoße.

## Politische Uebersicht.

### Reichstag.

#### Notetat und Steuerborlagen.

Da der Reichstag den Etat bis zum 1. April nicht fertigstellen kann, mußte die Regierung zur ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte wie schon im Vorjahre einen Notetat einbringen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte gegen den Notetat, weil sie seinerzeit auch gegen den Hauptetat, dessen notgedrungenen Fortsetzung der Notetat bildet, gestimmt hatte. Die Arbeitsgemeinschaft, die gleichfalls den Etat ablehnte, begründete ihre Ablehnung durch eine längere Erklärung.

Zu Beginn der dritten Lesung der Steuerborlagen legte Genosse Keil noch einmal in knapper, scharf pointierter Form die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion dar: wir sind für die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegsteuer und für das Gesetz zur Sicherung der Kriegsteuer, wenn auch die Geleise nicht voll unseren Wünschen entsprechen, die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs und der Kohle lehnen wir dagegen ab als eine durchaus unnütze und dabei schwer drückende Belastung der minderbemittelten Schichten unseres Volkes. Der Zuschlag zur Kriegsteuer und das Sicherungsgesetz wurden darauf einstimmig angenommen. Die am Tage vorher durch Sammelierung erzielte kleine Verbesserung betreffend die Freilassung der Fahrkarte bis zu 35 Pfennig fiel in namentlicher Abstimmung mit 142 gegen 159 Stimmen. Die Freilassung der Hausbrandkohle fiel mit 136 gegen 181 Stimmen und das Kohlensteuergesetz wurde dann nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Bei der Gesamtstimmung bildeten die sozialdemokratischen Fraktionen und die Polen die überstimmte Minderheit. Das Gesetz über die Verkehrssteuern wurde nach dem Kompromißantrag angenommen.

Das Haus trat sodann in die Beratung des Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes ein, worüber sich eine gründliche Erörterung von bemerkenswerter politischer Bedeutung entspann, und an der sich alle Parteien bis auf die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die erst am Freitag zu Wort kommt, beteiligten. Zu später Stunde hielt auch der Reichskanzler eine bedeutungsvolle Rede. Näheres über die politische Bedeutung dieser Debatte finden die Leser im Zeitartikel.

### Herrenhaus.

Hände ran an unser altes Preußen! Diese Worte sprach gegen Schluß der vielstündigen Donnerstagtagung des Herrenhauses der Oberbürgermeister von Halle, Dr. Rieve, aus. Es holte sich nämlich am Schluß der Ernährungsdebatte wieder einmal eine kleine Preußendebatte entspannen. Angefangen hatte damit der bekannte Fürst zu Salm-Horstmar, der sich gegen direkte Reichssteuern gewendet und sich darüber aufgehalten hatte, daß tags zuvor Professor Voening gesagt hatte, Preußen könne noch immer als ein Volkseisast gelten. Der Fürst Salmt wies darauf hin, daß der „Vorwärts“ sich dieses Wort bereits zunutze gemacht habe, und er appellierte an die — dem „Vorwärts“ nahestehenden Herrenhausmitglieder, für entsprechende Aufklärung zu sorgen. Nachdem man am Mittwoch das preußische Abgeordnetenhaus im Herrenhause schon als eine fast revolutionäre Körperschaft hingestellt hatte, konnte es ja nicht mehr fehlen, daß am Donnerstag der Fürst Salm sogar schon Freunde des „Vorwärts“ unter den geborenen und ernannten Gesetzgebern vermutete.

Die Ernährungsdebatte selbst brachte naturgemäß nichts Neues mehr. Daß die Großgrundbesitzer mit der ganzen Kriegswirtschaft und dem starken Eingriff des Staates in die Produktion und Verteilung nicht einverstanden sind, hat man schon längst gewußt. Und das kam in den Reden der Herzberg-Lottin, der Grafen Wirbich und Rankau und des bekannten Kammerherrn Oldenburg-Januschau reichlich zum Ausdruck. Es ist nur zu bedauern, daß der Januschauer seinen Witz in der Garderobe abzugeben zu haben schien. Einige Oberbürgermeister, so besonders Herr Koch-Rassel, traten diesen Ausführungen entgegen. Auch Herr Wermuth nahm Gelegenheit, dem Oldenburger abzuführen, da dieser von seinem Kartoffelgeschäfte mit der Stadt Berlin gesprochen hatte.

Am Freitag geht die Staatsberatung zu Ende.

### „Freie Bahn dem Idioten“.

Das Herrenhausmitglied Herr von Hendebred bemühte sich am Donnerstag nachzuweisen, daß der Satz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ seit jeher in Preußen gegolten habe. Wenigstens hätte er noch keinen tüchtigen Idioten: „Freie Bahn dem Idioten!“

Gerade für das Herrenhaus gilt bekanntlich das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ nicht, für einen Teil seiner Mitglieder genügt es, geboren zu werden, um einen Sitz darin zu erhalten.

### Zwei Anträge zur Neuorientierung.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag Dr. Abiaz und Genossen eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich dahin zu wirken, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf allgemeinem, direktem, gleichem und geheime Wahlrecht beruht.

Die Nationalliberalen stellen folgenden Antrag Wassermann und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen: einen besonderen Ausschuh von 28 Mitgliedern (Verfassungsausschuh) zu bilden für die Prüfung verfassungsgeschichtlicher Fragen, insbesondere der Zusammenfassung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung.

### Namentliche Abstimmung.

Ueber den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestellten Antrag auf Einlegung eines Ausschusses zur Vorbereitung von Reformen, die auf die politische Neuordnung im Deutschen Reich abzielen, ist namentliche Abstimmung beantragt, die heute stattfinden wird.

### Für sofortige Inangriffnahme der Neuorientierung!

Die Einsicht, daß die Neuordnung unserer innerpolitischen Verhältnisse nicht ohne schwerere Schäden und ernste Gefahr bis nach dem Kriege verschoben werden darf, bricht sich reichend Bahn. Als ein Zeichen dieser Entwicklung kann es angesehen werden, wenn sich selbst die freikonservative „Post“ dem Gedanken einer sofortigen Neuorientierung gegenüber trotz einiger Mein- und Aber nicht ablehnend verhält. Das Blatt des Herrn von Hedlich übt mit auffälliger Schärfe — schon der Titel „Verfeinerung“ ist charakteristisch — Kritik an den Herrenhausreden der Meist und Roon. Es spricht im Zusammenhang mit ihnen von „unbelehrbarem Starrsinn“ und „Beweisen eines politischen Verfeinerungsprozesses“ und bemerkt nicht ohne beißende Ironie, daß die Verdienste der Wortführer solcher extremer Meinungen vorwiegend in den Taten ihrer Ahnen liegen. Im Anschluß daran fährt das freikonservative Blatt fort:

„Angesichts aller jener Anzeichen drohender Verfeinerung in einem wichtigen preussischen Verfassungsfaktor braucht man sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn diejenigen Stimmen, die seit langem für eine „Neuorientierung“ werden, stets dringlicher nach einer sofortigen Inangriffnahme ihrer Pläne zu rufen beginnen. Soweit diese Pläne sich auf die Zusammenfassung des Herrenhauses selbst beziehen, wird man dem Wunsch nach baldiger Erledigung kaum widerstreiten können.“

Aber auch der Gedanke einer sofortigen Inangriffnahme der Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus scheint für die „Post“ nicht unannehmbar zu sein, denn sie beruft sich auf die kürzlich auch von uns zitierten Ausführungen der „Königlichen Zeitung“, welche den rechtsstehenden Kreisen zu denken geben sollten. Sie betont ohne weiteren Zusatz, daß die „Königliche Zeitung“ auch neuerdings wieder die Bekämpfung des eigensinnigen Widerstandes gegen die notwendige Neuordnung als eine „Kriegsnotwendigkeit, die man nicht hinausschieben darf“ bezeichnet hat.

Wenn der Reichskanzler also die ernsthafteste Absicht hätte, die Neuorientierung noch während des Krieges in Angriff zu nehmen, so würde er durchaus keinen großen Widerstand finden, außer bei einem Häuflein extremer Konservativer. Daraufhin sollte und müßte er es unseres Erachtens auch von seinem Standpunkt aus wagen. Denn tatsächlich haben diese extremen Konservativen, abgesehen von einer dünnen Schicht Großgrundbesitzer, im Volke nicht den mindesten Rückhalt. Eine allgemeine Neuwahl zum Reichstag unter der Parole „Neuorientierung“ würde sie wohl auf den einstimmigen Stand bringen, von dem man sagte, daß die konservative Fraktion in einer Drohschle nach dem Reichstag fahren könne. Aber solche Neuwahlen würden gar nicht nötig sein, denn im Reichstag ist die konservative Fraktion sowieso eine hoffnungslose Minderheit, im preussischen Abgeordnetenhaus keine Mehrheit. Und im Herrenhause wäre ihr Widerstand leicht zu beseitigen, wenn man den Herren, die ja Arbeitervertreter „mit Achtung“ empfangen wollen (allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie nicht auf Grund ihrer politischen Tätigkeit berufen werden), zweihundert meinetwegen außerordentlich berufsichtige Grobchmiede, Maurer, Kanalarbeiter usw. ins Haus schickt.

Landtagsabgeordneter Imbisch gefallen. Der Zentrumskabineordnete für Kagen-Land, Gewerkschaftsleiter Hermann Imbisch, ist, wie erst jetzt festgestellt werden konnte, am 7. Dezember 1914 auf dem östlichen Kriegsschauplatz gefallen. Bisher wurde angenommen, Imbisch sei in Gefangenschaft geraten.

Der Silberpater der Kriegsgesellschaft. Die im Hotel Bellevue in Berlin untergebrachte Kriegsgesellschaft „Kriegsgesellschaft“ sucht durch Inerat für ihr Kasino einen tüchtigen Silberpater, welcher schon ähnliche Stellen besellidet haben muß. Dieses finanzielle Institut scheint mannigfache Bedürfnisse zu haben, welche die Diffidentlichkeit nicht ohne Verwunderung zur Kenntnis nimmt.

Bundesratsarbeit. In der Donnerstagtagung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Anbau von Frühgemüse auf Tabakfeldern, und der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Unfallversicherung von Angehörigen feindlicher Staaten.

Graf Kossoy und der Teufel. Das Mitglied des Herrenhauses, Graf Kossoy, hatte neulich im „Tag“ mitgeteilt, daß er im Winter genötigt gewesen war, seine Kartoffelmieten zu öffnen und die Kartoffeln wintertreu für Brenn- und Fütterungszwecke zu verwenden. Daß da nicht auch manche Kartoffeln mit dabei gewesen seien, die sich ganz auf auf dem Tisch eines Kommerzienrats ausnehmen würden, möchte er nicht beschwören. Darum antwortete im selben Blatt der Vertreter des Herrn v. Votow, Edler v. Braun, der Graf habe sich wohl nicht klar gemacht, welche zerstörende Wirkung auf jede Achtung vor den Leuten es ausüben muß, wenn ein Mitglied des preussischen Herrenhauses öffentlich erklärt, er kammere sich den Teufel um beherrschliche Vorschriften, wenn sie ihm nicht in seinen Betrieb passen.

Jetzt antwortet der Graf im „Tag“ Herr v. Braun habe ihm das Wort im Munde verdröh. Der Teufel konnte außer Spiel bleiben, denn das reizt andere Leute auch einmal, vom Teufel zu sprechen und ihn an die Wand zu malen, um das Zukunftsurteil über hohe Staatsbedürden zu prophezeien.

Auch wir meinen, den Teufel hätte man besser aus dem Spiel gelassen. Den gibt es ja gar nicht, er hätte sonst wohl manchen — die vorerwähnten Herren natürlich ausgeschlossen — schon längst geholt.

## Parlamentarisches.

### Hauptauschuh des Reichstags.

Am Donnerstag hielt der Hauptauschuh seine letzte Sitzung vor den Osterferien ab und erledigte den

### Haushaltsplan für den Reichstag.

Dabei handelte es sich nur darum, daß zwei neue Sekretäre eingesetzt wurden für zwei Beamte, die bereits seit sieben Jahren als Sekretäre beschäftigt worden sind. Der Vertreter des Reichstagsamts beauferte, daß beabsichtigt sei, von der Gespögenheit ab-

zuweichen, während des Krieges nur solche neuen Stellen zu schaffen, die mit Rücksicht auf den Betrieb notwendig sind. Da es sich aber in diesem Falle nur um zwei neue Stellen handelte, so wird das Reichstagsamt seinen Einspruch erheben.

Abg. Dove wies darauf hin, daß im Abgeordnetenhaus aus denselben Gründen neue Stellen in den Haushalten eingestellt worden seien. — Abg. Hoch, als Mitberichtersteller, wies außerdem noch darauf hin, daß die Bezahlung der Stenographinnen und der Reichstagsdiener nicht den jetzigen Löhnsverhältnissen entsprechen. Er richtete an den Präsidenten das Ersuchen, in eine Prüfung einzutreten, ob die Gehälter nicht erhöht werden müssen. Der Präsident sagte dies zu.

Darauf machte der Staatssekretär v. Capelle vom Reichsmarineamt und Staatssekretär Helfferich vom Reichamt des Innern Mitteilungen über die Erfolge unseres jetzigen Unterseebootkrieges. Wir berichten darüber im Hauptblatt.

Die nächste Sitzung findet am 17. April statt. Auf der Tagesordnung steht der Etat für das Reichsheer.

### Anträge zum Militärstat.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat im Haushaltsauschuh des Reichstags eine Reihe Anträge eingebracht, die sich zum Teil mit denen der Sozialdemokratischen Fraktion decken. Unter anderem wird noch geordert, daß bei der Bekämpfung der Disziplinarstrafen auf die Gesundheit und das Ertragsgefühl der davon Betroffenen in ausreichendem Maße Rücksicht genommen werde.

### Mutter und Kind.

Die 16. Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik behandelte am Donnerstag in Gegenwart der Frauenvorleserin aus dem Kriegsamt, Fräulein Dr. Lüders, über die Fortsetzung ihrer Arbeiten nach den Ferien.

Der Referent, Abg. Dr. Quard (Soz.), schlägt vor, unmittelbar nach den Osterferien die Vorsehung der unehelichen Kinder in der Kriegszeit zu behandeln und Fräulein Lüders zu ersuchen, die Erfahrungen des Kriegsamt dazu mitzuteilen, dann aber zur Frage des Mutter- und Kinderschutzes in der Zeit nach dem Kriege überzugehen. — Abg. Dr. Hise (Z.) bringt einen schleunigen Antrag ein, dafür sorgen zu wollen, daß die zurückkehrenden verheirateten Krieger in die von Frauen und Jugendlichen eingenommenen Stellen treten und eine Verklärung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen in die Wege zu leiten. Auf Widerspruch aus der Kommission wird die Behandlung dieses Antrages bis nach den Ferien vertagt.

Auf Wunsch mehrerer Mitglieder wird für die Verhandlung nach den Ferien eine feste Regelung der Sitzungstage vorgenommen und die nächste Sitzung auf den 28. April, vormittags 9 Uhr, bestimmt. Tagesordnung: 1. Die Regelung der Verhältnisse unehelicher Kinder im Kriege; 2. Der Frauen- und Kinderschutz nach Friedensschluß.

## Letzte Nachrichten.

### Rücktritt Hamarskyölds.

#### Kabinett Swarj.

Stockholm, 20. März. Das schwedische Telegrammbureau meldet offiziell: Die Mitglieder des Kabinetts erklärten dem König, daß die auf seinen Wunsch vom 5. März veranlassete Umfrage zur Feststellung, ob für das gegenwärtige Kabinett Möglichkeiten beständen, während der außerordentlichen Kriegsumstände die Regierung mit der noch innen und außen wünschenswerten Kraft weiterzuführen, das Ergebnis gehabt habe, daß diese Möglichkeiten nicht beständen. Die Minister halten demnach ihr Rücktrittsgesuch aufrecht. Der König hat mit der Bildung eines neuen Kabinetts den früheren Minister und Unterrichtsminister Swarj beauftragt.

(Vergleiche auch den Artikel „Die schwedische Ministerkrise“ in der heutigen Beilage.)

### Die Schweiz und die Friedensfrage.

Bern, 20. März. (Melbung der Schweizerischen Delegierten-Agentur.) Bei Beratung der Friedenspetitionen führte Bundesrat Hoffmann aus: Zwei Kategorien von Petitionen sind eingelangt, die eine verlangt eine Initiative des Bundesrates zur sofortigen Einberufung einer unterbindlichen Friedenskonferenz, welche von allen Staaten offiziell zu beschließen wäre. Dieser Vorschlag ist, so erklärte Bundesrat Hoffmann, undiskutierbar. Heute den Kriegführenden zuzumuten, an einer unterbindlichen Friedenskonferenz sich zu beteiligen, ist ganz unmöglich. Ein zweiter Vorschlag ersucht den Bundesrat dringlich, alle möglichen Schritte zu tun, damit eine Konferenz neutraler Staaten oder einzelner Regierungen einmal den Kriegführenden ihre guten Dienste zur Vermittlung anbieten, und ferner Schritte zu tun zur Einberufung einer allgemeinen Staatenkonferenz zur Beratung einer internationalen Rechtsordnung zur Erledigung der allgemeinen territorialen, wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Streitfragen. Auch diese Resolution, so gut der Zweck ist, dem sie dienen will, geht über's Ziel hinaus und ist ein ungeeignetes Mittel zur Erreichung des gewollten Zweckes. Unter den neutralen Staaten besteht gar keine Geneigtheit, eine solche Konferenz zu beschließen. Ferner ist die Aufstellung eines eigentlichen Friedensprogramms ohne Zuziehung der Kriegführenden eine unmögliche Aufgabe. Diese Zuziehung ist aber gleichfalls unmöglich. Wenigstens auf der einen Seite besteht gar keine Geneigtheit, eine solche Konferenz zu beschließen. Der Bundesrat hat zu wiederholten Malen seit Kriegsbeginn, in besonders unmissverständlicher Weise in der Note, die er im Anschluß an Wilsons sogenannte Friedensnote erließ, seine Bestimmung kundgetan. Ich brauche nicht neuerdings zu versichern, daß wir unsere Pflicht vor dem Lande, der Menschheit und der Geschichte erfüllen werden, und daß wir wissen, was wir in der Friedensfrage zu tun haben, und nichts versäumen werden.

### Kienthal und die französischen Sozialisten.

Bern, 20. März. „Temps“ meldet, daß in der Administrativen Kommission der Vereinigten Sozialisten-Parteien Frankreichs bei der Abstimmung über das Programm der Kienthaler 13 gegen und 11 für das Programm waren. Bemerkenswert ist, daß die Minderheit der Kommission seit den Abstimmungen wieder einige Stimmen gewonnen hat.

### Ein Königreich für ein Schiff.

London, 20. März. (Kontinentalmeldung.) Der Korrespondent des „Marine-Assurance“ berichtet, daß es einer von Vancouver ausgehenden Expedition gelungen ist, den deutschen Dampfer „Sesoftris“, der vor zehn Jahren an der Küste von Guatemala strandete, wieder flott zu bekommen.

# Gewerkschaftliches.

## Streiks und Aussperrungen im Kriegsjahre 1916.

Nach der letzten erschienenen amtlichen Streikstatistik hatten die Streiks im Jahre 1916 gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Es fanden im Berichtsjahre fast 1000 verschiedene Streiks für das Jahr 1916 und in Klammern beigefügt 230 (137) Streiks. Die Zahl der von Streiks betroffenen Betriebe betrug 136 (178). Durch Streiks zu völligem Stillstand gebracht wurden 71 (33) Betriebe. Die Zahl der in den betroffenen Betrieben Beschäftigten betrug 120 818 (47 010). Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 124 123 (11 630). Durch die Streiks zum Fahren gezwungen wurden 4633 (2372) Vollen Erfolgs hatten 27 (24), teilweisen Erfolg 129 (37) und keinen Erfolg 88 (76).

Aussperrungen wurden im Jahre 1916 keine vorgenommen; 1915 konnte noch von 4 Aussperrungen berichtet werden.

Die zunehmende Streikbewegung ist sicher auf die seit dem Jahre 1915 stark gesteigerte Vertiefung des Lebensunterhalts zurückzuführen, für die die Arbeiter durch erhöhte Lohnforderungen einen Ausgleich zu schaffen suchten.

## Eine Konferenz von Vertretern der Verbände vorstände

Am 20. bis 22. März in Berlin stattfand in den Tagen vom 20. bis 22. März in Berlin eine Konferenz der Verbände vorstände. Der gedruckte vorläufige Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Leitz, Bauer, Rube und Schmidt ergänzt. Zögern berichte über die Gewerkschaftsangelegenheiten zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegs-ernährungsamt, Kriegsanstalt und dem preussischen Staatskommissar für Ernährungsfragen, über die Eingabe betr. Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenarbeiten mit der Gewerkschaft für soziale Reform bei Vorbereitungarbeiten für eine gesetzliche Neuregelung des Koalitionsrechts, über die Streikstatistik für 1916 und über die von der Generalkommission gewählten Terminen für ihre Angelegenheiten. Vorher Bericht erstreckte sich auf alle neueren Arbeiten für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit zäher Energie vertreten werden mußten, sowie auf die belagerte Arbeiterfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Aussichten der Ernährungsverhältnisse, während Rube den Kassenbericht eingehend erläuterte und daran anschließend die Regelung der Beiträge an die Generalkommission berührte.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsjahre, Schilde, eine Darstellung über sein Werk in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterwelt wahrzunehmen. Es sei manchmal recht schwierig, mit den vielen Ressorts im Kriegsjahre über einzelne Fragen ins Reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Ergebnis vor den Aufstellungen anderer Regierungsstellen zu bewahren, da das Kriegsjahr nur in den wenigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen kann.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erstreckte sich auf die Ernährungsfrage und das Auftreten des preussischen Landwirtschaftsministers, das allseitig entschiedene Zurückweichen fand, auf die Frauenerwerbsarbeit und Anstellung von Hilfsarbeiterinnen, die sowohl Verteidiger als auch scharfe Gegner fand, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes verbundene Erfahrungen und auf das Zusammenwirken der Generalkommission mit sozialpolitischen und Hilfsorganismen, sowie den Kampf der Mitgliedschaft in solchen Organisationen durch die Gewerkschaften.

Zur Ernährungsfrage wurde der von uns schon in der Plenarsitzung veröffentlichte Beschluss gefaßt.

Auf Anfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsangelegenheiten und Arbeitersekretäre der Bundesleitung für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Bestimmungsbefehlen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als niedrigwertige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der Ubergangswirtschaft wurden der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgearbeitet und mit einigen Ergänzungen auch von den übrigen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen durch eine einmündige schriftliche Vereinbarung ergänzt und dem Reichsamt für Ubergangswirtschaft sowie dem Reichsamt für Handel und Gewerbe eingereicht werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Referat. Er wies einleitend darauf hin, daß die Gewerkschaftsvorstände sich schon seit dem Februar 1915 mit den Fragen der Ubergangswirtschaft befaßt haben, die Aufstellung der vorliegenden Forderungen geschah im Auftrage der Konferenz vom November 1916.

Ihre Erledigung drängt inwieweit der neuerdings im Ausschuss für Handel und Gewerbe begonnenen Behandlung der Arbeiterfragen für den Bereich der Ubergangswirtschaft. Die Forderungen teilen sich in solche allgemein wirtschaftlicher und organisatorischer Natur (Arbeitervertretung im Fein- und Kleinfabrikationsbereich, Regelung der Ein- und Ausfuhr, Verfügung über den Schiffsraum, Eisenbahn- und Schiffahrtsangelegenheiten, Erleichterung von Wirtschaftsmännern und Aufsicht über die Syndikate), weiter in solche, die die Lebensmittellieferung betreffen, dann Forderungen der Arbeitsvermittlung, welche bezüglich der Entlastung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Forderungen hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterkampfes und der Arbeiterversicherung, besondere Hilfeleistung für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige und schließlich Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Da die Forderungen in bald bekanntgegeben werden, so mögen einige Darlegungen über ihre Zielsetzung zu der eigentlichen Demobilisation des Heeres genügen. Von einflussreichen Seiten ist verschiedentlich verlangt worden, die Entlastung der Kriegsteilnehmer den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Der Referent widerspricht diesen Wünschen. Sein Vorschlag gegenüber würde es billiger, auch nur einen einzigen Tag länger, als militärische Bedürfnisse dies erfordern, im Heeresdienst zurückgehalten und von Heimat und Familie getrennt zu werden. Gewiss können Millionenheere nicht binnen wenigen Tagen aufgelöst werden. Auch sei auf das Wirtschaftsleben insoweit Rücksicht zu nehmen, daß die für die Wiederaufnahme der Betriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte möglichst frühzeitig zu entlassen seien. Im übrigen müsse aber jede Verzögerung der Entlastung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel dürfe kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienste zu behalten. Wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden könne, dem müsse die Arbeitslosenunterstützung zuteil werden. Das letztere gelte auch für die entlassenen Hilfsdienstpflichtigen und die übrigen infolge der Ubergangswirtschaftsbeschäftigungslos werdenden Arbeiter und Angestellten. Im weiteren sollen die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterauslässe und Schutzstellen in geeigneter Form in die Ubergangswirtschaft übergenommen und geeignete Arbeitervertretungen (Kammern) geschaffen werden.

Die vorgelegten Forderungen wurden im einzelnen erörtert und einige redaktionelle Änderungen und Ergänzungen beschlossen, wodurch die ganze Vorlage einheitlicher zur Annahme gelangte.

Hinsichtlich der Organisation der Kriegsteilnehmer, mit der sich bereits eine Vorstandskonferenz im November 1916 befaßt hatte, blieb ein Antrag auf Ubergang zur Tagesordnung in der Rinderheit. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig

zurückzustellen, und zwar so lange, bis wirklich ernsthafte Organisationsbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Essen ausgehenden Verbänden, die Kriegsteilnehmer zu vereinen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Da im Jahre 1917 nach dem Resultate der Generalkommission ein Gewerkschaftskongress einberufen wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung darüber der Konferenz der Verbände. Die Konferenz war indes in ihrer großen Mehrheit für eine Vertagung des Kongresses nach dem Kriege. Es wurden für diesen Zeitpunkt die gleichen Gründe geltend gemacht wie für eine Vertagung der Verbandstage während des Krieges.

In letzter Stelle wurden einige gewerkschaftliche Fragen erörtert. Der Bericht zur Gewerkschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsausschuss wurde entgegengenommen.

## Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Herrenmohndneider ist noch nicht völlig abgeschlossen. Selbstverständlich erkennen die dem Arbeitgeberverband angehörenden Unternehmer die Rührberger Vereinbarungen an und zahlen die tarifliche Lohn-erhöhung. Aber es gibt noch eine Anzahl Firmen, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören. Ein Teil dieser Firmen hatte Firmentarife mit dem Schneiderverband abgeschlossen, der andere Teil der nicht organisierten Unternehmer stand bisher überhaupt noch nicht im Tarifverhältnis mit den Arbeitern oder ihrer Organisation. Der Schneiderverband ist nun in der Richtung tätig, daß die mit dem Unternehmerverband vereinbarten Lohn-erhöhungen auch von den nicht dem Verbande angehörenden Tariffirmen bewilligt und die tariflosen Firmen zum Abschluss von Tarifen veranlaßt werden. Ueber das bisherige Ergebnis dieser Bewegung berichtete Rünze am Mittwoch in einer Versammlung der Herrenmohndneider, daß bis jetzt 80 nicht organisierte Verlierer Firmen die Rührberger Vereinbarungen anerkannt haben und die erhöhten Löhne zahlen. Diejenigen Firmen, die den Rührberger Tarif noch nicht anerkennen, sollen vor das Einigungsamt geladen werden. Der Schneiderverband wird kein Mittel unversucht lassen, um den neuen Tarif auf der ganzen Linie zur Durchführung zu bringen. Dazu ist es allerdings nötig, daß die bei den betreffenden Firmen arbeitenden Kollegen die Forderungen des Verbandes in jeder Hinsicht unterstützen und auch für ihren Teil an der Durchführung des Tarifs ohne Zögern und Jandern mitarbeiten.

Wegen der Bezahlung der Rührerinnen herrscht unter den Mitgliedern des Unternehmerverbandes eine Meinungsverschiedenheit. Ein Teil pläut, durch die am 1. März in Kraft getretene Lohn-erhöhung sei die von früher her bestehende Vereinbarung, wonach der Unternehmer die Rührerinnen zu bezahlen hat, hinfällig geworden. Der Vorstand des Unternehmerverbandes, den der Schneiderverband wegen dieser Streitfrage angerufen hat, sieht auf dem Standpunkt, daß da, wo die Rührerinnen bisher bezahlt wurden, sie auch weiter bezahlt werden müssen. Ein Teil der Unternehmer erfüllt aber diese Bedingung trotzdem nicht. Der Schneiderverband wird sich deshalb an das Schiedsgericht wenden, damit auch die Bezahlung der Rührerinnen ohne Ausnahme gewährt wird. So daß der Tarif in allen Teilen und von allen Unternehmern anerkannt und durchgeführt wird.

## Aus der Partei.

### Bitter Adler über die russische Revolution.

In einer großen Versammlung im Wiener Bezirk Fabrikanten sprach Bitter Adler, der Führer der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, über die russische Revolution. Sie und ein leider verspätet eingetroffenes Telegramm aus Wien berichtet, wies die Versammlung einen Massenbesuch auf, der an die glänzendsten Kundgebungen der Friedenszeiten erinnerte. Die Ausführungen Bitter Adlers gipfelten in dem Satz, daß jetzt eine günstige Situation für die Staatsmänner der Mittelmächte geschaffen sei, die Friedensbestrebungen wieder anzunehmen und zu erfolgreichem Ende zu führen. Seine Worte fanden begeisterten Widerhall.

## Aus Industrie und Handel.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die von der Stadt Berlin gekauften tausend Aktien der Gewerkschaft Röhling, die 80 Millionen Mark kosten, schließen nicht den bereits besprochenen geplanten Erwerb der Gewerkschaften hier aus, weil die Gewerkschaft Röhling noch kein in Gang befindliches Bergwerk, sondern nur ein Förderbagger ist, der 500 Millionen Tonnen Erz- und Gestein bergen soll und der den Gewerkschaften Erwerbsort liegt. Wollte die Stadt Berlin auf diesem Förderbagger ein Bergwerk errichten, so würde die Ausführung dieses Planes, besonders bei dem Mangel an Maschinen und Arbeitern, allerdings eine Reihe von Jahren verlangen.

Die Verein-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft verteilt aus dem von 1,8 auf 2 Millionen Mark gestiegenen Reingewinn eine Dividende von 10 Proz. (s. S. 5 Proz. und 4 Proz. in 1914) vorzuschlagen. Dem Referendums (Referendums II und Kriegsbeschädigten-Rückstellung) sollen insgesamt 500 000 M., dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds 200 000 M. zuzuführen. Der Bestand an Aufsichtsräten ist wesentlich höher als der am Schlus des vergangenen Jahres.

Die Reich u. Martin Akt. Ges. (Maschinenfabrik) in Berlin verteilt 12 Proz. Dividende, gegen 8 Proz. und 6 Proz. in den beiden Vorjahren.

Die Metallwarenfabrik A. G. Boer u. Stein in Berlin zahlt wie im Vorjahr 25 Proz. Dividende.

Vom Aufsichtsrat der Rührer-Weite-Aktien-Gesellschaft, die bekanntlich auch in höhere Bestellungen zu den Reich-Kupfer- und Messingwerken getreten ist, wurde beschlossen, der auf den 25. April 1917 einzuberufenden Generalversammlung die Rührer zur Friedensdividende von 12 1/2 Proz. (gegenüber 12 Proz. in 1915 und 10 Proz. in 1914) vorzuschlagen. — Der Bruttogewinn für 1917 beträgt 10 650 658 M., gegen 7 550 125 M. im Vorjahre. Der Reingewinn beträgt 4 128 981 M., gegen 3 787 499 M. im Vorjahre. Die Abschreibungen betragen 2 541 895 M., gegen 1 133 422 M. im Vorjahre. Dem Spezialreservefonds sollen 400 000 M., gegen 300 000 M. im Vorjahre und dem Reservefonds für Lohnsteuer 25 000 M., gegen 20 000 M. im Vorjahre überwiehen werden. Nach Dotierung des Wohlfahrtsfonds für Beamte und Arbeiter mit 250 000 M., gegen 150 000 M. im Vorjahre, sollen 515 665 M., gegen 434 897 M. im Vorjahre auf neue Rechnung vorgetragen werden.

### „Nicht weiter verwunderlich.“

Kreuzer meldet aus New York, daß das große amerikanische Finanzhaus A. S. P. & Co. in Folge der Ereignisse in Rußland und anderer Vorfälle seine Unternehmung dem Jahrsverbande nicht länger verfolgen werde.

Das Haus A. S. P. & Co. hat bisher die Teilnahme an finanziellen Transaktionen verweigert, durch die die russische Regierung gehindert wurde. Die Firma hat Juden zu Eigentümern, die dem jüdenfeindlichen regierenden Rußland keine Unterstützung leisten wollten. Nach der Revolution sind diese Geschäftsbedenken gegenstandslos. Aber interessant ist noch, daß diese Herren auch zugleich zum großen Teil Deutsche sind. So kommt der Seniorpartner Jakob S. Schiff aus Frankfurt a. M. und ein anderer

Teilhaber, Felix W. Sarburg, in zugleich Teilhaber des bekannten Hamburger Bankhauses W. W. Sarburg u. Co. Außerdem finden sich unter den Beteiligten fremddeutsche Namen wie F. C. Ganauer und Otto H. Kahn. Die „Vossische Zeitung“ findet das Verhalten dieser Herren nach der Zustimmung des deutsch-amerikanischen Konflikt nicht weiter verwunderlich und es ist in der Tat nicht weiter verwunderlich. Denn das Kapital ist und bleibt international.

### Leitung der russischen Auswanderung über Holland.

In einflussreichen russischen Kreisen beschäftigt man sich bereits vor Ausbruch der Revolution mit einer Neuregelung des Auswanderungswesens. Man will nach dem Kriege die Auswanderung nach überseeischen Ländern nicht mehr über deutsche Häfen gehen lassen, sondern sie sollen von russischen Häfen aus per Schiff zunächst nach Rotterdam gebracht werden, um von dort mit Schiffen holländischer Gesellschaften weiterbefördert zu werden. Eine besondere neue Aktiengesellschaft soll die Sache in die Hand nehmen. Am dem Plan ein humanes Mantelchen umzuhängen, wird die Ansicht mit dem Hinweis auf die schärfste Behandlung begründet, der russische Auswanderer früher ausgesetzt gewesen seien, wenn sie anstatt über Hamburg oder Bremen über Rotterdam oder Antwerpen zu reisen wünschten.

## Soziales.

### Neugründung von sozialen Frauenschulen.

In der gestern von uns unter der gleichen Ueberschrift gebrachten Zuschrift wird fraglos mit Recht bemerkt, daß eine Vermehrung der sozialen Frauenschulen ohne Rücksicht auf den Bedarf an Sozialbeamtinnen zu einer schweren wirtschaftlichen Schädigung der schon vorhandenen sozialen Berufsarbeiterinnen führen muß, und zwar um so mehr, als sie bisher nur sehr wenig den Wert der Organisation zu erfassen vermocht haben. Dieser Umstand hat es heute schon bewirkt, daß ihre wirtschaftliche Lage eine keineswegs glänzende ist; gemessen an dem Maß ihrer Verantwortung und an ihrem Wissen und Können muß gesagt werden, daß sie auch nicht im entferntesten entsprechend bezahlt werden. Alle Versuche, die sozialen Berufsarbeiterinnen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu organisieren, sind an ihrer eigenen Gleichgültigkeit gescheitert. Jedenfalls ist nur ein kleiner Teil von ihnen vom Bande der Organisation ausgeschlossen. Ihre wirtschaftlichen Interessen sind fast ausschließlich von einzelnen hervorragenden Führerinnen der Frauenbewegung oder von sozial denkenden Männern, aber kaum jemals im Rahmen einer festen Organisation vertreten worden.

Trotz dieser eben erwähnten Tatsachen können wir jedoch nicht so unbedingten die Warnung vor neuen Frauenschulen hinausgehen lassen. Ganz außerordentliche große Aufgaben stehen uns auf sozialem Gebiete nach dem Kriege bevor. Wir werden sorgsame Hüter der dann noch vorhandenen und sich wieder bildenden Volkskraft sein müssen. Was der Krieg in so brutaler Weise an blühendem Leben vernichtet und geschädigt hat, gilt es im langsamen Aufbauen wieder zu ersetzen. Und zur Pflege dieser Volkskraft bedürfen wir außerordentlich vieler sozial gekulturter Frauen. Hier gilt es, das uralte Frauenland zu beackern; hier handelt es sich um ein Tätigkeitsgebiet, auf dem die Frau dank der ihr innewohnenden Mütterlichkeit mehr leisten kann als der Mann.

Vor dem Kriege ist von einem systematischen Einfließen der Frauen in das weite Gebiet der sozialen Arbeit im Volke keine Rede gewesen. Wir haben schon im „Vorwärts“ vom 12. Dezember 1916 im Anschluß an einen Aufsatz von Professor Schmittmann auf die hier der Frauenarbeit obliegenden Aufgaben hingewiesen. Wir möchten nur einige Stellen aus den damaligen Ausführungen hier wiederholen. Die Versicherungsanstalten gewähren Jahr für Jahr viele Millionen Darlehen für Wohnungsbau. Noch haben sie keine Kraft angeeignet, um zu kontrollieren, ob die mit diesen Geldern erbauten Wohnungen auch vorchriftsmäßig bewohnt werden und wirksame Wohnungspflege geübt wird. Was nützen jene Summen, wenn alsbald durch Untervermietung und Schlafgängerwesen die damit verfolgten Ziele wieder vollständig illusorisch gemacht werden.

Wie hier, so fehlen uns auf den verschiedensten Gebieten die Organe, die ausklärend wirken über Zweck und Ziele der staatlichen Sozialpolitik, über die aus der Sozialversicherung erwachsenden Rechte und Pflichten; Organe, die die drohenden Schäden frühzeitig aufdecken und vorbeugende Arbeit ermöglichen. Dieses Organ muß die beruflich angestellte Kraft, die soziale Beamten werden. Sie muß vermittelnd, vorbeugend, erzieherisch wirken. Sie hat nicht in erster Linie Pflegerin, sondern Schwerverhütungsbewahrerin zu sein. Ihre Tätigkeitsgebiete werden nicht nur in der Tuberkulose- und Trinkerfürsorge, der Wochen- und Säuglingspflege liegen, sondern darüber hinaus in der Fürsorge für die Jugend in vor- und nachschulischen, schulpflichtigen und schulentlassenen Alter — Säuglingsheimen und Jugendpflegerinnen —. Sie wird als Organ der Krankenpfleger, Versicherungsanstalten und Berufslosenvereine, in der weiblichen Fürsorgeerziehung, im Sanitäts- und Sittenpolizeiwesen, in der Gemeindefürsorge, in der Berufsberatung, in der Arbeitsvermittlung und nicht zuletzt in der Wohnungspflege zu wirken berufen sein. Sie wird auch als Kreis- und Gemeindepflegerin organisatorische Arbeit zu leisten haben, um ein zweck- und zielbewusstes Zusammenarbeiten aller in der Volkswirtschaftstätigkeit tätigen Kräfte zu erreichen. Somit eröffnen sich ebenso wie auf sozialhygienischem Gebiet auch im sozialen Recht und vor allem in der Sozialpädagogik weite und neue Aufgaben für die sozial geschulte Frau. Es kommt nicht nur darauf an, äußere Wunden zu verbinden, körperliche Schäden zu heilen, wichtiger als das ist die Erforschung des inneren Krankheitsstoffes im Volksgesamten.

Es ist möglich, daß nicht überall die dringenden Aufgaben der kommenden Friedenszeit erkannt werden. Möglich, daß staatliche und städtische Behörden aus finanziellen Gründen mit der Vermehrung von Sozialbeamtinnen sehr zurückhaltend sein werden. Aber diese Widerstände werden ganz fraglos beseitigt werden. Die Not der Zeit wird so dringend und ernst die Erfüllung der sozialen Aufgaben erheischen, daß es im höchsten Maße zu beklagen wäre, wenn nicht die erforderliche Anzahl geschulter Kräfte zur Verfügung stände, um die zukünftige Sozialarbeit zu leisten. Die Arbeiterkraft wird sich mit aller Kraft für die Vereitigung der Widerstände einsetzen. Sie werden beseitigt werden und reiche fruchtbare Arbeit wird sich sozialer Frauentätigkeit erschließen.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Landwehr; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reichsamt; für Anzeigen: Th. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

### Siehe zu 2. Beilagen und Unterhaltungsblatt.



Stadtverordnetenversammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 29. März 1917, nachmittags 3 Uhr.

Vorsitzer Richter eröffnet die Sitzung nach 3 1/2 Uhr mit einem Wunsch für den gestern verstorbenen Stadtd. Leopold Jacobi (Linke).

Die Beratung des

Stadthaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917

wird fortgesetzt.

Über Kapitel VI (Krankenhäuser, Irrenanstalten, Badeanstalten, Medizinalverwaltung, Heimstätten, Rettungsstellen, Wohnungswesen, Zentrale Busch) referiert namens des Stadthaushaltungsamtes Stadtd. Ritter (Soz.). Zu den Ausgaben für das Medizinische Amt hat der Ausschuss einen Antrag angenommen, den Magistrat zu ersuchen, eine Erhöhung der Gehälter der Pfiffsassistentinnen baldmöglichst eintreten zu lassen.

Zum Etat der Krankenhäuser bemerkt

Stadtd. Dr. Mehl (Soz.), daß im Lagerbuch Buch zahlreiche Seiten leer stehen, während in den städtischen Krankenhäusern Kranke abgewiesen werden müßten, weil hier noch viele Betten mit Soldaten belegt seien.

Stadtrat Selberg: Wir haben bei Kriegsbeginn versprochen, für die kranken Soldaten eine bestimmte Anzahl Betten bereit zu halten. Davon steht allerdings eine Anzahl leer; sie können aber jeden Augenblick voll belegt werden.

Stadtd. Dr. Mehl (Linke): Viele Soldaten lassen sich nach Berlin versetzen, um so ihrer Familie näher zu sein. In Buch seien zurzeit von 2400 Betten nur 600 frei.

Stadtd. Dr. Mehl: Die Krankenhäuserdeputation hat beschlossen, keine Soldaten mehr in die Krankenhäuser aufzunehmen. Diefen Beschluß ist nicht Folge gegeben worden. Gewiß ist für unsere tapferen Soldaten das Beste gerade gut genug; aber es dürfen doch nicht so viel Betten monatelang leer stehen.

Stadtrat Selberg: Wir sind nicht nur der Militärverwaltung, sondern auch dem roten Kreuz gegenüber verpflichtet, Betten frei zu halten.

Zum Etat der Irrenanstalten bemerkt

Stadtd. Dr. Jabel (Soz.): Den verdingten Kerkern verweigert man immer noch die Kriegszulage, daß kommt man auf den Verdacht, daß so verfahren wird, weil ein Wegzug dieser Herren nicht zu befürchten ist. Von dem Pflegerpersonal ist ein großer Teil eingezogen; der Ersatz durch Pflegerinnen hat sich gut bewährt. Die Arbeitskraft der dort verbleibenden Pfleger wird in erhöhtem Maße in Anspruch genommen, aber an eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse denkt man nicht. Die Verpflegung der Kranken ist vielfach noch schlimmer als die des Pflegerpersonals. Eine Untersuchung durch das Medizinische Amt hat ergeben, daß bis Oktober 1913 durchschnittlich bei den Männern eine Gewichtsabnahme von 13,8, bei den Frauen von 2,2 Kilogramm festgestellt worden ist; jede weitere Untersuchung hat eine weitere Abnahme gezeigt. (Zurufe: Wo und auch) Die städtischen Behörden müssen erkennen, daß das Geld seinen Höhepunkt erreicht hat, und auch alle ihre Bestrebungen dahin richten, daß wir endlich Frieden bekommen.

Bürgermeister Dr. Weide: An den Irrenanstalten bestehen keine Lagerorte, also liegen dort auch keine Gründe für eine Kriegszulage der Ärzte vor. Wer von uns hätte nicht auch seine Erfahrung mit der Gewichtsabnahme gemacht? Wir können den Abschluß des Krieges nicht herbeiführen.

Stadtrat Dr. Steinhilber: In den letzten Monaten sind keine Soldaten mehr in die Krankenhäuser aufgenommen worden. In Verpflegung können wir nur geben, was wir geliefert bekommen. Vielleicht hat auch Dr. Jabel etwas an Gewicht abgenommen. Die Sterblichkeitsziffern sind günstiger als im Vorjahr.

Stadtd. Dr. Jabel: Die Durchschnittsabnahme des Gewichtes bei den Irren ist 10 Kilogramm; damit stehen sie nicht schlechter da als die übrigen Bevölkerung.

Stadtd. Dr. Jabel: Die Anstaltsinsassen sind doch besser gepflegt und besser gewärmt. Die außerordentliche Steigerung der Sterblichkeit steht fest.

Für Kapitel VII (Vollzeitschulen, Feuerlöschwesen, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Standesämter, Arbeitsnachweise) referiert Stadtd. Manasse (Soz.) den Ausschussbericht.

Stadtd. Mehl (Fr. Fr.) berichtet über Kapitel VIII (Lebensliche Versorgung, Straßenreinigung und Beseitigung, Abfallwesen, Bedienstetenleistungen, Parkverwaltung, Gemeindefriedhöfe, Arcenatorium). Die Forderung der Handwerker der Straßenreinigung um Einführung von Lohnskalen soll nach dem Ausschussvorschlusse abermals zurückgelegt werden, und zwar bis zur Beendigung des Krieges, wenigstens aber auf sechs Monate.

Stadtd. Mehl (Linke) ist Referent für Kapitel II (Gas-, Wasser-, Kanalisationswerke, städtische Güter, Viehmarkt, Schlachthof, Fleischbeschau, Markthallen, Oefen, Straßenbahnen, Nordbahnhof, Fleißigkeitswerk, Herrschaftsanstalt, Kassenverwaltung der städtischen Werke).

Zum Gasetat schlägt der Ausschuss vor, das Gehalt des Betriebsdirektors Georg Schimmin, mit dessen Wiederwahl ab 23. Mai 1917 auf sechs Jahre man einverstanden ist, vom 1. April 1917 auf 15 000 M. nebst einer Gewinnbeteiligung von mindestens 10 000, höchstens 16 000 M. festzusetzen.

Über Kapitel IX (Hochbau, Tiefbau), Kapitel X (Museum, Bücherei usw.), Kapitel XI (Gehälter, Beförderungen, Ruhegehälter, Sigmundisches Amt usw.) berichtet Stadtd. Spindler (Linke). Mit großer Mehrheit hat der Ausschuss folgenden Antrag angenommen:

Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage betreffs allgemeiner Aufbesserung der Gehälter aller Beamtenkategorien und einer erheblichen Aufbesserung der Gehälter der Magistratsmitgliedes demot rechtzeitig zugehen zu lassen, daß die erhöhten Beträge in den Stadthaushalt für 1918 eingesetzt und mit diesem festgelegt werden können.

Mit 6 gegen 5 Stimmen ist außerdem beschlossen worden, der Versammlung vorzuschlagen, den Magistrat zu ersuchen, schon jetzt eine Vorkostung der niedrigeinstufigen Angestellten und Arbeiter in Erwägung zu ziehen; endlich hat ein Antrag Annahme gefunden, wonach der Magistrat erwägen soll, ob und in welcher Weise eine Vorkostung der im Ruhestand lebenden Beamten und Arbeiter der Stadt möglich ist.

Stadtd. Mehl referiert ferner über Kap. XII (Rechts- und Schuldenverwaltung) und Kap. XIII (Beiträge und Unterstützungen an Vereine, Festivals).

Unter „Sachverhalt“ hat auch 120 000 M. enthalten für die Einrichtung eines städtischen Jugendzentrums.

Stadtd. Dr. Mehl (Soz.) begrüßt diese Einrichtung, die auch der Erziehung der Jugend dienen und ihre körperliche Wohlfahrt fördern solle. Er besorgt indessen aus gewissen Bedenken, die sich unter der Parole „Geld aus den Kindern auf's Land!“ an die Leibeskräfte wenden, ungünstige Wirkungen. Man könne darauf aus zu sein, die Kinder auch politisch zu beeinflussen, ihnen die sog. „gute Erziehung“ beizubringen. Auf diese und eine Reihe weiterer Anfragen antwortet

Stadtschulrat Dr. Fischer, daß nach der Richtung der Berufsbildung der öffentlichen Schulen, des Unterrichts alles vorangeht werden solle, was notwendig sei. Eine konfessionelle Trennung solle nicht prinzipiell eintreten. Bezüglich der politischen Beeinflussung beachte man keine Befürchtung zu haben.

Alle vorgenannten Teile des Stadthaushalts werden mit den dazu gehörigen Entwürfen und Resolutionen genehmigt. Für die Steueretats, Kap. III, ist Stadtd. Loefler (Linke) zum Ausschussreferenten bestellt.

In dem mit 377 055 600 M. in Einnahme und Ausgabe beizutragenden Haushaltsplan ist ein Bedarf von 112 825 000 M. durch Steuern zu decken. Die Deckung erfolgt durch Belastung der Staatssteuern mit 160 Proz., der Grund- und Gebäudesteuer mit 174 Proz., in der Form der Grundwertsteuer mit 3,10 M. vom Tausend des gemeinen Wertes der steuerpflichtigen Grundstücke, der Gewerbesteuer in Klasse I-IV mit 165 Proz.; die Betriebssteuer wird mit 100 Proz. herangezogen. — Die Erhebung der Gemeindefiskussteuer vom Einkommen von nicht mehr als 600 M. soll auch im Verwaltungsjahr 1917 unterbleiben.



Denkt daran

daß unsere Feinde das aufrichtige Friedensangebot unseres Kaisers mit frechem Hohn abgelehnt haben

Denkt daran

daß England, das uns mit ehrlichen Waffen nicht bezwingen kann, den feigen Hungerkrieg gegen unsere Frauen, Kinder und Greise angezettelt hat

Denkt daran

daß Frankreich gegen eure Söhne, Brüder und Väter im Felde farbige, mordgierige Bestien in Menschengestalt heßt

Denkt daran

was Rußlands wilde Kosakenhorden aus den blühenden ostpreussischen Landen und ihren friedlichen Bewohnern gemacht haben

Denkt daran

daß das „neutrale“ Amerika die Beziehungen zu uns abgedrochen, weil ihm durch unsern U-Bootkrieg das „Geschäft“ gestört wurde

Denkt

an den Verrat Italiens und Rumaniens, denkt an die Mißhandlung unserer gefangenen Helden in Feindesländern, denkt an die Bombenattentate unserer Segner auf friedliche unbefestigte Städte, denkt an Baralong — — —

Dann wißt Ihr, was Ihr zu erwarten und was Ihr zu tun habt!

Es geht um Alles!

Zeichnet die 6. Kriegsanleihe zur Erzwingung des Friedens.



Stadtd. Mehlmann (Soz.): Auch in diesem Jahre werden wir gegen den Etat stimmen, hauptsächlich wegen der Erhöhung der Kurfosten in den Krankenhäusern, die für uns den Stein des Anstoßes bildet und die uns so ungerechtfertigter war in einer Zeit, wo der Weltkrieg unserer Bevölkerung ohnehin die schwersten Wunden schlägt. Die Not der Berliner Bevölkerung wächst mit jedem Tage. Wenn erkenne ich an, daß unser Magistrat eifrig gearbeitet hat, der Bevölkerung Hilfe zu bringen. Das Mittel der Massenpeinigung hat viel Gutes gewirkt, wenn auch hier Mängel immer noch bestehen, denen die Verwaltung hätte abhelfen können. In der Lebensmittelversorgung hat der Magistrat ebenfalls sein möglichstes getan; was hier unzulänglich ist, dafür sind die übergeordneten Stellen in Reich und Staat verantwortlich zu machen. Ich schreibe mit dem innigen Wunsch, daß das neue Steuerjahr uns und der Menschheit recht bald den Frieden bringen möge! (Beifall.)

Stadtd. Mehl (Linke) schließt sich diesem Wunsch an. Behauptung sei die Rede, daß die Besatzung an der Massenspeisung geizig habe; bei einer so neuen und schwierigen Einrichtung hätten Mängel und Kämpfe vorzuziehen müssen. Die Leiterinnen der Volksschulen hätten sich der Sache mit größtem Eifer angenommen. Weiter bezieht sich Mehlmann auf die Erhöhung der Krankenhäuserkosten als eine durchaus notwendige und keineswegs unsoziale Maßnahme. Damit allein könne man die Verweigerung des ganzen Etats nicht begründen.

Der Etat wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten endgültig festgestellt.

Die städtische Zulage zur Kriegsunterstützung von monatlich 7,50 M. soll den Kindern der Kriegsteilnehmer über den 31. März 1917 fortgewährt werden, da die außerordentliche Steigerung der Preise fast aller Lebensmittel weiter angehalten hat.

Aus Groß-Berlin.

Verabschiedung des Berliner Etats.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde mit der zweiten Lesung des Haushaltsplanes für 1917 gestern fertig. Die Ausschussberatung hatte, wie man im voraus erwarten mußte, kein nennenswertes Ergebnis gehabt. Gestern brachte die sozialdemokratische Fraktion noch eine Reihe Bedenken und Bemängelungen vor, die sich auf die Krankenhäuser, die Irrenhäuser und die Jugendpflege bezogen. Vor der Schlußabstimmung über den Gesamtetat erklärte die Fraktion durch ihren Vorsitzenden Genossen Mehlmann, daß sie ihn ablehnen müsse. Unter den Gründen nannte Mehlmann besonders die antisoziale Verteuerung der Krankenhäuser- und Heimstättenpflege durch Erhöhung der Kurfostenfrage. Aus Herrn Cassells Erwiderung hörte man den Wortwitz des „Burgfriedensbruchs“ heraus, wenn er auch das Wort nicht gebrauchte.

Fort mit dem Mist!

Die Schneelage haben wir glücklich überstanden, die Eiszeit ist vorüber. Aber nun kommen neue Epochen, die ebenso unangenehm zu werden drohen. Wie in der geologischen Entwicklung auf die Eiszeit die Ländereiszeit folgte, so ist in unserer jahreszeitlichen Geologie der Straßen das Zeitalter des Drecks eingetreten. Was in den letzten vier Monaten an Dreck sich auf den Straßen angeammelt hat, liegt wohlgeordnet in zwei Barrikadenreihen längs der Gasse und blickt seines Schicksals. Ein Spaghvogel hat zwar in einer Berliner Zeitung orakelt, daß weitere Würden Sonne und Regen für die Straßenreinigung befragen. Indessen — do lux op! Keine Sonne und kein Regen kann diesen Unschau der Straßen beseitigen, in dem sich Asphaltreste mit den Excrementen der Autos und den Pferdehufen und den mancherlei Detritus des Haushalts mengen (es sich auch Katzenababer und abgelegte Korsetts darunter befinden, entzieht sich den Blicken).

Wir haben die Wahl, d. h. das Wetter wird darüber entscheiden, ob in den nächsten Wochen der Regen die Straßen in unpassierbare Schlammröhre mit verstopften Abflüssen verwandelt, oder ob Sonne und Wind die schönen Gassen in dufende Staubwolken auflösen wird. In beiden Fällen kommt der Geologe auf seine Kosten, indem er jetzt und dabeim vorzeitliche oder in anderen Klimaten sich abspielende Verhältnisse studieren kann. Aber das weniger wihbegierige Publikum und die Hygiene werden darunter erheblich leiden.

In unseren Dörfern ist seit Längerem verboten, Mist vor den Häusern lagern zu lassen. Nun wohl, was auf unseren Straßen liegt, ist Mist. Und der gehört aufs Feld, wo er nützliche Wirkungen entfalten kann.

Wenn die Stadtverwaltungen der Sache nicht Herr werden, könnten dann nicht die militärischen Fuhrwerke für die Abfuhr requiriert werden?

Halten wir einen großen Reineinwaschtag in Berlin und Umgebung ab!

Sonst haben wir die nächsten Wochen und Monate unbeschreibliche Zustände.

Mangelnde Voraussicht. Am Donnerstag sollte der Verkauf der gefahrenen städtischen Kaninchen beginnen. In dieser Erwartung hatten sich denn auch Hunderte von Besuchern zur angegebenen Zeit eingefunden. Aber es trat die Regelercheinung der städtischen Verkäufe ein: Etwas Klappete nicht. In der Lindenallee — und anderwärts soll es ähnlich gewesen sein — traf die Ware zuvor verhältnismäßig pünktlich ein. Aber der Inhalt der Kästen erwies sich als demotoren gefahren, daß es völlig unmöglich war, die einzelnen Tiere voneinander zu trennen. Die Ware soll nun erst aufgetaut werden; die Kästen wurden auf den nächsten Tag verfrachtet und — nach ein- bis zweifündigem Warten wieder nach Hause geschickt. Daß die Frauen, deren diese ihre Arbeit wegen des Kaufes hatten liegen lassen, darob nicht gerade erbaut waren, versteht sich. Hätte man nun aber nicht die ganze Sache voraussehen und die Käufer zu einer Zeit befehlen können, wo man ihnen die Ware wirklich liefern konnte?!

Abgabe von Zuckern. Auf Abschnitt 20 der Städtischen Steuern können im April 2 H-Pfandungen a 25 Pf. entnommen werden. Die Abschnitte 1-19 werden nicht mehr eingelöst.

Der Stadtverordnete Leopold Jacobi, Mitglied der Fraktion der alten Linken, der großen Einfluss in der Berliner Kommunalverwaltung besitzt und sich namentlich als Gegner aller Verstädtigungen, z. B. der Großen Berliner Straßenbahn, hervorgetan hat, ist Mittwochsabend plötzlich gestorben. Er gehörte der Berliner Stadtverordnetenversammlung seit 27 Jahren an und war Mitglied zahlreicher städtischer Deputationen.

Für Grippe- und Wiederimpfungen wird als neues Impfstoff die Vadeanstalt Gerichstr. 56-59 eingerichtet, in der vom 31. März ab werktätlich um 6 Uhr nachmittags Impfungen vorgenommen werden sollen.

Künftig werden auch zu den Impfterminen, die in der 800. Gemeindegasse in der Ostender Str. 39 werktätlich um 8 Uhr nachmittags stattfinden, Grippe- und Wiederimpfungen zugelassen werden.

Fener auf der Bühne des Wintergartens entstand Mittwoch abends 10 Uhr vermutlich durch Kurzglüh. Die anwesende Feuerwehre löschte die Flammen, die die Dekoration der Vorbühne ergriffen hatten, in zehn Minuten. Das Publikum bemahm sich musterhaft, nur wenige Personen verließen die Vorstellung, die nach kurzer Unterbrechung zu Ende gespielt werden konnte.

Gram über den Tod ihres Mannes und Vereinsamung hat die 41 Jahre alte Witwe Hedwig des Pensionärs M. aus der Markusstraße 13 in den Tod getrieben. Die Frau verfiel nach dem Tode ihres Mannes in Schwermut. Das Leben verfallener sie dadurch, daß sie seitdem stets allein war, weil ihr Sohn im Felde liegt. In der Verzweiflung versetzte sie sich Mittwoch mit Gas. Man fand sie in der Küche tot auf dem Kohlenkasten liegen.

Ein großer Heilmann wurde von Kriminalbeamten des 6. Bezirks in der Auglerstraße aufgehoben. Die Beamten beobachteten in der Nähe der Pfandkammer einen Mann, der mit Gremden, Schürzen, Strümpfen und ähnlichen bezugsverpflichtigen Waren handelte und daneben auch noch Zigaretten vertrieb. Sie stellten ihn fest als einen 31 Jahre alten, schon mit Justizhaus bestrafte früheren Arbeiter Ernst Sape und fanden in seiner Wohnung im Erdgeschoß des Hauses Auglerstr. 4 ein großes Heilmannlager. Dort waren Stoffe, Wolllwaren, fertige Sachen, wie Schürzen und dergleichen, Lebensmittel, Zigaretten, Handwerkszeug usw. in großer Menge aufgeschichtet. Auch Dietrich und andere Einbruchswerkzeuge fand man. Alles wurde beschlagnahmt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Wäsche stammt aus einem Geschäft in der Pulverstraße.

# Aus den Gemeinden:

## Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg.

In der Sitzung am Mittwoch wählte der Vorsteher dem am gleichen Tage nach schwerem Leiden verstorbenen stellvertretenden Vorsteher Dr. Hubatsch einen warm empfundenen Nachruf. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Oberbürgermeister Dr. Schöly Mitteilungen über die Wehrschreibungen des Stadtkriegsamt-Lieut. die sich im großen ganzen mit den Veröffentlichungen der Tagespresse decken. Hierauf erfolgte die Wiedereröffnung des neuen Stadtbüros Dr. Wehrschreiber, der seit 1888 im Dienste der Stadt steht, jetzt seine dritte Amtsperiode beginnt und dem Magistrat und Stadtverordnete in Anerkennung seiner Tätigkeit den Titel eines Stadtkriegsamt-Lieutenants verliehen haben.

Die Beratung wandte sich nach Erledigung des einzigen Punktes der Tagesordnung, der Vorlage betreffend den Elektrizitätsvertrag für das Ledigenheim, zur Beratung eines von allen Fraktionen eingebrachten Dringlichkeitsantrages, der den Magistrat ersucht, bei der Regierung und den beteiligten Körperschaften geeignete Schritte gegen die schwebenden Lastenausgleichspläne zu tun, deren Ausführung eine schwere Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Groß-Berliner Gemeinden und eine ungerechte Belastung des Finanzwesens eines Teiles dieser Gemeinden bedeuten würde. Nach kurzer Debatte, in der sich die Stadtv. Mayer, Stadthagen, Pirich und Oberbürgermeister Dr. Schöly für den Antrag aussprachen, wurde er einstimmig angenommen. Das gleiche Ergebnis ergab ein weiterer gemeinsamer Antrag, der den Magistrat ersucht, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen, wonach eine Neuorganisation der laufenden Kriegsteuerungsanlagen entsprechend dem Vorhaben des Reiches und des Staates und zu dem gleichen Zeitpunkt wirksam wird. Wie aus der Erklärung des Oberbürgermeisters zu entnehmen ist, wird der Magistrat dem Antrage Folge leisten und der Versammlung die Vorlage schon in nächster Zeit unterbreiten.

**Bezugnahme auf Schuwaren in Charlottenburg.** Viele Charlottenburger Einwohner glauben, daß es zur Erlangung von Bezugsscheinen auf Schuwaren erforderlich sei, wie in Berlin, einen schriftlichen Antrag an den Magistrat einzureichen, das ist jedoch keineswegs der Fall. In Charlottenburg braucht man nur bei der zuständigen Ausgabebehörde persönlich die Ausstellung eines Bezugsscheins zu beantragen.

**Verkauf von Grieß und Kaffeefah in Neukölln.** Vom heutigen Tage ab werden in den Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezugsfähiger Kolonialwaren (Grieß, Graupen usw.) erfolgt ist, auf den Abschnitt 6 der Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Weizenmehl, auf den Abschnitt 7 1/2 Pfund Kaffeefah abgegeben. Bei der Kaffeefahverteilung handelt es sich um eine einmalige Verteilung sämtlicher Bestände, welche mit der Ausgabe der Kaffeefaharten nicht in Verbindung steht. Die Kaffeefaharten braucht bei diesem Verkauf nicht beigelegt zu werden.

**Lebensmittelanträge aus Schöneberg.** Bis zum 4. April findet in Schöneberg eine Neuanmeldung zur Zuerkennung der Liste statt. Bei der Anmeldung ist der Abschnitt Nr. 1 der neuen Lebensmittelkarte oder der Anmeldeabschnitt der Zuerkennungskarte für Ander abzugeben.

In der Woche vor Ostern werden aus dem Auslande bezogene gefrorene Hühner und Kaninchen verteilt. Die Abgabe erfolgt durch diejenigen Schlächter, in deren Kundenlisten der Haushaltungsbevollmächtigter eingetragen ist. Auf jeden Haushalt kommt 1 Kaninchen oder 1 Huhn zur Verteilung. Bei dem Kauf ist der Abschnitt 91 der roten Lebensmittelkarte abzugeben.

Von heute bis Sonnabend, den 7. April, wird auf Abschnitt 94 1/2 Pfund Speisekrumen für 5 Pf. abgegeben. Die Ware wird ausnahmsweise ohne vorherige Anmeldung in etwa 60 durch besonderen Verkaufsdienst kenntlich gemachten Geschäften verteilt. Vom Mittwoch, den 4. April, ab tritt die Ausgabe der neuen neuen Rathhaus, Zimmer 261 (Nollendorf 1727-46, Nr. 100) mit, wo noch Strup vorhanden ist.

**Bezugnahme auf Schuwaren in Schöneberg.** Auch der Magistrat Schöneberg hat sich genötigt gesehen, wie in Berlin für die Veranstaltung der Ausfertigung von Bezugsscheinen für Schuwerk an Stelle des mündlichen den schriftlichen Verkehr einzuführen. Anträge sind in den Verteilungskommissionen erhältlich. Im Falle der Bewilligung wird der Bezugsschein dem Antragsteller als portofreie Dienstsache übersandt. Anträge, die binnen acht Tagen nicht beantwortet sind, gelten als abgelehnt. Beschwerden sind schriftlich an die Verteilungshauptstelle im neuen Rathhaus zu richten.

**Kreistag Niederbarnim.** Von anderer Seite wird uns noch ergägend mitgeteilt: Bei der Haushaltsberatung wurde vom Genossen Schlemminger auf die unzureichende Kartoffelversorgung der Einwohner des Kreises, besonders der städtischen, aufmerksam gemacht. Er wies darauf hin, welche Katastrophe eintreten muß, wenn in diesem Jahre die alten Fehler der vergangenen Zeit wiederholt würden. Insbesondere darf unter keinen Umständen eine Verminderung der Anbaufläche gestattet werden. Weiter forderte er die verantwortlichen Stellen auf, in energischer Weise der Verflüchtigung von Produkten, die zur menschlichen Nahrung geeignet sind, entgegenzutreten. In bestimmter Weise erklärte er, daß trotz der Rationierung immer noch erhebliche Mengen von Kartoffeln und zu hohen Preisen im freihändigen Verkauf abgegeben werden, und forderte den Landrat zum Einschreiten auf.

Der zur Unterbringung von Großstadtkindern auf dem Lande bewilligte Betrag von 100 000 M. soll Verwendung finden zur Beschaffung von Mädeln, Kleidungsstücken und Schuwerk für solche Kinder, deren Eltern dazu nicht in der Lage sind. Auch für etwaige Krankenkosten, die Aufwendungen für Arzt und Medikamente nötig machen, sowie zur Verteilung des Pflegegeldes ganz oder in Form von Zuschüssen werden aus diesem Fonds Mittel bereitgestellt.

**Aus der Gemeindevertretung Steglitz.** Die Haushaltsberatung wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung kurz vom Schöffen Jocher eingeleitet, der ausführte, daß das laufende Jahr ungefähr die erwarteten Einnahmen bringen werde. Der neue Haushaltsplan sei sehr vorsichtig aufgestellt und weise übrigens sehr geringe Veränderungen aus insofern auf, als alle Steuerhöhen in gleicher Höhe belassen werden konnten, mit Ausnahme der Kanalisationsgebühren, die eine Ermäßigung um 4 Prozent erfahren haben. Gemeindeverordneter Veitbach (Soz.) ist der Ansicht, daß die Aufstellung des Haushaltsplans sehr vorsichtig vorgenommen sei, so daß voraussichtlich wieder sehr erhebliche Nachforderungen kommen werden. Er bedauert, daß die Schulärzte nichts über ihre Tätigkeit berichten, was doch gerade jetzt bei der mangelhaften Ernährungsmenge äußerst wichtig sei. Dringend zu wünschen sei eine anderweitige Regelung der Vergütung der Kreisstellen an den höheren Schulen um diese Vergünstigung mehr als bisher begabten Schülern der Volksschulen zugänglich zu machen. Weiter empfahl er, die Mitspracherechtigkeit des Kreisrates in eigener Regie zu nehmen. Zum Schluss forderte er den Gemeindevorstand auf, ein vor vielen Jahren begangenes Unrecht zu beseitigen und recht bald der Vertretung eine Vorlage zu machen, durch die das frühere Gemeindevorstandswahlrecht wieder hergestellt wird, d. h. an Stelle des anberaumten der einfache Steuerzahleranteil bei der Einstellung der Wählerlisten zugrunde gelegt wird. Bei der Gewiderung des Gemeindevorstehers verzichte man ein Eingehen auf den Wahlrechtsvoranschlag. Die Gemeindevertreter Gädte und Winkler hielten die Herabsetzung der Wahlrechtsänderung für berechtigt, während Gemeindevertreter Barillo eine Gefährdung des Bürgerrechts darin erblickte. An dem Haushaltsplan hatten auch alle übrigen Redner unter den heutigen ungewissen Verhältnissen nichts Befriedigendes auszusagen, so daß die Annahme an diese erfolgte.

In der geheimen Sitzung wurde mit 11 gegen 10 Stimmen einem Antrage der Berliner Gasgesellschaft zugestimmt, den Gaspreis von 10 auf 10 Pf. zu erhöhen.

**Neinendorfer bleibt bei 100 Prozent.** Das ist das Ergebnis der Haushaltsberatung in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung. Gemeindevorstand und Finanzkommission hatten vorgeschlagen, zur Balancierung des Etats einen Zuschlag von 200 Proz. zu erheben, dem auch unsere Genossen im Interesse einer geordneten Finanzverwaltung zustimmten. Von der Erhöhung konnte jedoch abgesehen werden, da das Ergebnis der Steuerberechnungen bei der Einkommensteuer ein Mehr von 114 000 M., bei der Gewerbesteuer von 57 000 M., bei der Grundsteuer von 12 800 M., bei der Verbrauchsteuer von 8400 M. und bei der Grundsteuerumlagesteuer von 20 000 M. erwarten läßt. Nach den bisherigen Einnahmen rechnet man mit einer Gesamtzunahme von 207 000 M., dem eine Mehrausgabe, hauptsächlich an Kreisgeheimern, von 40 000 M. gegenübersteht. Das Wasserwerk, die einzige Ueberflusquelle, ergibt diesmal einen Minderetrag von 33 000 M. (30 000 M. hat 1920 000 M.) gegen das Vorjahr.

**Lebensmittelverteilung in Treptow.** Der Verkauf von Weizenmehl an die Kinder von 6-14 Jahren findet am Sonnabend, den 31. März, ab statt. Für die Einwohner im Berliner und Mittleren Ostteil werden auf Abschnitt 19 2 Pfund Weizenmehl zum Preise von 30 Pf. pro Pfund abgegeben.

In den Bezugsbüros von Fischen und Konservewaren gelangt ein kleiner Posten lebender Karpfen, Pfund 1,00 M., zum Verkauf.

## Gerichtszeitung.

### Ein böses Abenteuer eines Arztes

In der Ausübung seines Berufs hat zu einer Anklage wegen Verleumdung und Körperverletzung geführt, die den Fabrikbesitzer Max Müller aus Salenise gegen vor die 3. Strafkammer des Landgerichts III führte. Zu dem Angeklagten, der eine Villa in Salenise bewohnt, wurde eines Abends der Frauenarzt Dr. Bruno Wolff gerufen, da Frau Müller erkrankt werden sollte. Dr. Wolff sah bald, daß die Entbindung Schwierigkeiten machen würde, und Johns deshalb vor, daß Frau Müller in seine Klinik übergeführt werden möchte, was jedoch abgelehnt wurde. Der Arzt sah im weiteren Verlaufe der Stunden, daß die Sache sehr ernst sei und beordnete deshalb telephonisch seinen Wundarzt und die Operationschweizer zu sich, die auch sehr bald mit allen notwendigen Instrumenten usw. eintrafen. Der Angeklagte geriet in eine gewaltige Wutregung, so daß er durch Zwischenfragen und eigene medizinische Vorschläge die Ärzte mehrfach störte. Er regte auch wiederholt an, noch andere ärztliche Hilfe herbeizuholen, was ihm abgemahnt, aber nicht für notwendig erklärt wurde. Dr. Wolff und sein Wundarzt Dr. Meber verteilten die ganze Nacht bei der Kranken und bekreuzten diese 16 Stunden hindurch nach allen Vorschriften der ärztlichen Kunst, mußten jedoch schließlich erkennen, daß die Frau nicht zu retten war. Als dem Angeklagten in schonender Weise der Ernst

der Lage angedeutet wurde, geriet er wieder in die größte Wutregung. Als Dr. Wolff dem Angeklagten jene Mitteilung gemacht hatte, schrie ihm der Angeklagte entgegen: „Sie sind ja ein Mörder!“, worauf der Arzt erwiderte: „Ich habe meine Pflicht und Schuldigkeit getan und tue sie auch weiter!“. Als er dann in gebührender Stellung am Bett der Kranken weilt und deren Puls rührt, ergreift der Angeklagte plötzlich ein auf einer Toiletette liegendes Tongeschäß und schlägt es mit aller Gewalt auf den Kopf des Arztes, so daß es in Trümmer ging. Der Gerottroffene wurde einen Augenblick bewusstlos und sank zu Boden. Der Angeklagte verließ dann dem Arzt noch einen Stoß, so daß er zur offenkundigen Tür hinausging, und nach der nun eingetretene Dr. Meber erhielt Hilfe gegen Brust und Rücken. Dr. Wolff mußte sofort in seine Wohnung befördert werden und ist infolge der Verletzung 14 Tage krank gewesen. Der Angeklagte, dessen Frau kurz nach dem Vorfall gestorben ist, ließ dann laut Klage in seiner Wohnung herum, schrie immer wieder, daß seine Frau ermordet worden sei und brachte sich selbst eine Kopfverletzung bei. Der Vorfall hatte zunächst die Folge, daß eine Strafanzeige gegen den Angeklagten erstattet wurde. Die Staatsanwaltschaft leitete die Erhebung der Anklage ab, und erst auf Beschwerde des R. A. Dr. Davidsohn als Vertreter des Nebenklägers ordnete die Strafkammer die Eröffnung des Hauptverfahrens an. Andererseits ergriffte der Angeklagte Anzeige wegen fahrlässiger Tötung gegen den Arzt, dieses Verfahren ist aber eingestellt worden. Dr. W. kam dann in die Lage, sein ärztliches Honorar einlangen zu müssen, während der Angeklagte seinerseits im Zivilprozeß von Dr. W. eine jährliche Rente von 1800 M. beanspruchte. — Im geistigen Termin erklärte der über den Tod seiner Frau noch immer sehr aufgeregte Angeklagte, daß er von dem Angriff auf den Arzt gar nichts wisse, diesen also im Zustande der Bewußtlosigkeit verübt haben müsse. Diese Behauptung hatte er von Anfang an aufgestellt. Zum geistigen Termin waren als medizinische Sachverständige Prof. Dr. Kordeck, Prof. Dr. Siegfried, Dr. med. Striepel, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Stier, Geh. Medizinalrat Dr. Straßmann und Geh. Medizinalrat Dr. Schroeder geladen. Aus deren Vorlesungen ging hervor, daß der Angeklagte ein schwerer Neurotiker und derartig psychopathisch ist, daß schon ein geringer Reiz ausreicht, ihn unstillbar erregt zu machen. Nach diesem Gutachten erkannte das Gericht auf Freisprechung, indem es annahm, daß der überaus aufgeregte Angeklagte im Zustande der Bewußtlosigkeit gehandelt habe.

### Briefkasten der Redaktion.

**B. C. 48.** 1. Ja, die Unfallrente wird während des Hilfsdienstes weitergezahlt. Sie brauchen sich daher bei der Berufsgenossenschaft nicht abmelden. — **B. C. 30.** Soweit es nachweisbar über Sparguthaben ist, können die Kinder nichts beanspruchen. — **Z. 6.** Die Selbstanzeige, daß der Vertrag der Nichtkündigung wieder auf zehn Jahre verlängert, ist z. B. unzulässig. Der Vertrag wird nur auf ein Jahr verlängert. — **2711** G. W. Rein, da Sie in einem freiwirtschaftlichen Betriebe bereits beschäftigt sind,

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bahnhöflicher

**Heinrich Grosse**  
am 25. März im Alter von 51 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Rathhauses, Weihenstraße, ab statt.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern fernere zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter

**Heinrich Prang**  
von der Firma Vorderer u. Jürgel, Gerlichwalder Straße,  
am 24. März im Alter von 61 Jahren verstorben ist.  
Ehre Ihrem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Christler

**Ernst Schlobig**  
Brix, am 27. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

**Nachruf.**  
Den Kollegen fernere zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

**Wilhelm Strecker**  
am 23. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung des Bergungsmachers

**Siegfried Madsen**  
findet heute nachmittags 3 Uhr in Wilhelmshagen, Andreas-Str. 10, ab statt.

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Ipey, Bronchitis, Eitrige Gelenk-, innerliche, ärztliche Behandlung ohne Verabreichung von Medikamenten, Ray, Freie, Teilzahlung, Sprachstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1

**Eisler-Verein in Berlin.**  
S. a. G.  
Sonnabend, den 28. April 1917.  
abends 8 1/2 Uhr.  
Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15  
Generalversammlung.  
Tagesordnung:  
Bericht vom 1. Quartal 1917. Antrag auf Änderung des § 7 der Satzung. Mitteilungen. 200/13  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Zehnjähriges Jubiläum erwartet.  
Der Vorstand.

**Singer**  
unübertroffen  
Weber  
die Vorteile  
verlange man  
unser

**Singer** Läden  
überall  
Ein  
wirtschaftlicher  
Aufschwung

unseres Handels u. der Industrie wird die Folge dieses Krieges sein. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten öffentlichen Lebens steht bevor und unzählige Stellen werden neu zu schaffen sein. Es werden daher überall

**geprüfte und geschulte Kräfte gesucht**  
sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden Kaufmann-Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustin“. Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch Bonness & Nachfeld, Potsdam Postfach 224.

**VIKTORIA-THEATER**  
Heute Freitag  
Goldtag!  
**HAGENBECK**  
Umtausch von Goldstücken gegen Papiergeld an Hagenbeckkasse berechtigt auf  
**Freikarten.**  
Abendvorstellung um 7 1/2 Uhr.

**Wichtig für Herren!**  
Während des Krieges  
gibt Erste Herrenkleiderfabrik  
**ANZÜGE, Paletots, Ulster, fertig und nach Maß**  
im Einzelverkauf  
vom großen Fabriklager ab.  
Verkaufszeit 10-6, Sonnabends 10-8, Sonntag 12-6 Uhr.  
Hollenmarkt 7-8. IV. Fahrstuhl

**Zelluloid-, Film- und Fotogrammi-Abteilung**

faulst. Orsbauer, Georgenfelde, Straße 50, beim Alexanderplatz, 9-12, 3-6 Uhr.

**Uhren - Goldwaren**  
Piltz & Co., Lindenstr. 109.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Coleman  
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Seinkranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Herabsetzung.  
Königstr. 34-36, Städt. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pf.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse Neukölln.**  
Bekanntmachung.

In der Zeit vom 2. bis 14. April 1917 findet für die Mitglieder unserer Kasse eine unentgeltliche freiwillige Schutzpockenimpfung statt.

Die Impfung erfolgt werktäglich in der Zeit von 7 1/2 bis 9 Uhr abends. Als Ausweis haben die Versicherungs-pflichtigen Mitglieder eine Bescheinigung ihres jeweiligen Arbeitgebers darüber beizubringen, daß sie in einem zu unserer Kasse unabhängigen Betrieb zuletzt noch beschäftigt sind. Bei den freiwilligen Mitgliedern genügt die Vorlegung der Mitgliedskarte als Legitimation. Es wird erwartet, daß jeder Impfung in rein gewöhnlichem Zustand und mit reiner Wäsche versehen, erscheint. Die Impfung erfolgt im Kassenlokal Weichselstraße 8, Ideal-Passage Nr. 12. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Neukölln, 3789, 1917, W. Heinrich, 2. Vorsitzender, Universitäts-Briefsteller 3,50 Markt Buchhandlung Sormb. 18, Lindenstraße 3 (Linden).

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a  
empfehlte gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.  
**154 Musterräume.**  
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.  
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franco! Sonntags v. 12-3 Uhr geöffnet.

Decorateure.

Zu dem Hause der Sezeffion (Kurfürstendamm 282) ist eine Sonderausstellung von Bildern des Karl Strathmann zu sehen; Landschaften, die sich farneballistisch verummumt haben, und theatralische Szenen, bei denen es wesentlich auf die Kostüme ankommt. Der Gesamteindruck ist Orient, wie ihn sich ein bürgerliches, aber doch in Sehnsucht phantastisches Gemüt vorstellt. Etwa: eine Wiese, ganz überflutet von Blumensternen; die Natur in ein Gequirl von minutiösen Ornamenten aufgelöst. Oder: ein Baum, dessen Blätter fingerig und spinnig durcheinander greifen und so ein kurioses Reg von winkligen Linien ausspannen. Man möchte meinen, daß dieser Maler zunächst ganz harmlos die Natur abzulonterteien beginnt, daß er sich dann aber damit zu vergnügen anfängt, einzelne Effekte zu Studieren und zum Ausdruck zu bringen. Er umhüllt und umflößt sozusagen die Natur mit demselben, was er in etwas Krausgebildeten. Ohne sich dabei besonders aufzuregen mit dem guten Geschmack eines reiblichen Großpapas. Am meisten Spaß machen ihm asiatische Gewebe, dazu Perlenschnüre und gereichte Geisweine. Solch eine bunte, beinahe irrlühende Maske ist das eigentliche Thema, wenn Strathmann sich unterläßt, eine gewisse kleine Salome zu zeigen, wie sie mit dem Kopf des Johannes ihre Scherze treibt. Die Perfection wird beinahe Gartenlaube; alles Schöne des Vorgangs verschwindet unter einem Geflöber von artigen Einfällen, von Funken, Arabesken, Schindeln. Der Turban irgend eines der dem Mutiana zusehenden alten Persen ist auf sich ein Bild viel wichtiger als die Königs-krone und das Haupt des Lärers. Dabei wäre es falsch, von einem Kunstwerk oder auch nur von einer starken Erregung zu sprechen, das Tempo dieses Kammernisches ist hierher, phyllischer, leidenschaftlicher. Aber das ganze bleibt doch lustig anzuschauen und erinnert an das Vergnügen, das Kindern beim Drehen eines Kaleidoskops wird. Von großer Kunst kann nicht die Rede sein, wohl aber von einer gefälligen, spazigen Dekoration.

Ganz anders steht es um Hermann Hendrich, der im Künstlerhaus eine Kollektion zeigt. Auch er ist ein Decorateur, aber er möchte zugleich ein tiefgründiger Philosoph sein und außerdem ein Prophet der germanischen Mythologie. Daher kommt es, daß ihn gewisse Agitatoren für einen besonders deutschen Künstler halten, das ist er aber keineswegs. Wenn Strathmann an Crivelli erinnert, so ist Hendrich ein verpöhlter Nachkömmling der englischen Præraphisten. Er malt die Dornen von Richard Wagner, wie sehr magere Wäffler sie sich vorstellen mögen; billiges Theater, viel zu dünn, um ernstlich empfunden zu werden. Wotan allein tut's noch nicht, um ein Bild zu einer Offenbarung zu machen; und die Rappen mögen noch so schwarz sein, sie werden nicht zu Götterpferden, wenn ihnen jeder Rhythmus, jede Gewalt, jede Dämonie mangelt. Hendrich ist peinlich anzuschauen, weil seine Dekorationen schwächlich sind und dabei beanspruchten, und unzulänglich. Es wäre zu viel, gegen ihn Pfeile zu zittern.

Je bescheidener ein Decorateur sich gibt, desto mehr wird er und gefallen. Darum bedanken wir uns rechtlich und wahrhaft herzlich bei der Frau Jessie Höfel, einer Siederin, die ihre hitzeren Dichtungen auf Seidenläden bei Reuß u. Pollak (Kurfürstendamm 272) ausgehängen hat. Sie ist das, was Strathmann vielleicht sein möchte. Sie freut sich der Natur, wie sie sich weder historisch noch metaphysisch erblüht. Sie geht im Wald so vor sich hin und findet dabei allerlei Reize und Klänge. Die greift sie mit hurtigen Fingern, mit ein paar Nadelstichen und macht daraus ein Korbengetreide, in dem ein gut Teil von der Kunst der Säfte, dem Tanzen der Gräser, dem Wehen der Zweige und dem traumhaften Wah der Stämme lebendig bleibt. Die Anspruchlosigkeit ist die Stärke dieser Fingertätigkeit. In dem Maße, wie ein orientalischer Handwerker etwas Seelisches gibt, berühren und die Siederin der Jessie Höfel mit ungewollter, kindlicher Empfindung, die etwas Nährendes hat.

Was bezweckt die Hygiene?

Die Hygiene — das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet „die Gesundheitskunst“ — sucht auf Grund einer genauen Kenntnis des menschlichen Organismus und der in seiner Um-

gebung sich abspielenden, ihn beeinflussenden Vorgänge die Gesundheit des Menschen zu erhalten und zu kräftigen. Dieses Ziel will die wissenschaftliche und praktische Hygiene auf zwei Wegen erreichen. Die wissenschaftliche Hygiene sucht alles zu erforschen, was der Gesundheit nachteilig ist oder sein könnte und die Bedingungen festzustellen, welche für das Gedeihen der Menschen am förderlichsten sind; die praktische Hygiene ist bemüht, die Mittel anzugeben und die Maßnahmen durchzuführen, durch welche die Gefahren für die Gesundheit der Menschen vermieden und deren Organismus möglichst widerstandsfähig gemacht werden kann. Alle dahin zielenden Bestrebungen fassen wir in dem Begriff „Hygiene“ zusammen.

Der einzelne Mensch ist nicht immer in der Lage, sich durch seine eigenen Handlungen vor Krankheiten zu schützen und sich Verhältnisse zu schaffen, welche eine günstige Entwicklung seines Körpers gewährleisten. Er kann wohl dafür sorgen, daß ihm seine Kleidung vor den nachteiligen Einflüssen der Witterung schützt, daß die Nahrung, welche er genießt, seinem Körper zuträglich und ausreichend ist usw.; er allein ist aber außerstande, zu verhindern, daß die Luft, welche er atmet, anderweitig verunreinigt wird, daß das Wasser, welches er trinkt und zur Herstellung seiner Speisen verwendet, von seinem Nachbar verdirbt wird; er allein kann es nicht erzwingen, daß die durch das enge Zusammenwohnen der Menschen für das Gesamtwohl, wie für ihn selbst so zahlreich entstehenden Gefahren nach Möglichkeit vermieden werden. Hierfür zu sorgen ist Sache der öffentlichen Gesundheitspflege.

Gerade die Schutzimpfung gegen die schwarzen Tod, der sich ja in den letzten Wochen die Groß- und Berliner Bevölkerung in der richtigen Erkenntnis ihrer Wirkung willig unterzieht, gibt ein gutes Beispiel für den praktischen Wert der öffentlichen Gesundheitspflege. Die Gewerbetätigen ist bestrebt, alle Schädigungen, welche im Gewerbebetriebe (Fabriken, Werkstätten usw.) entstehen, zu vermeiden und gleichzeitig die hierbei tätigen Personen zu kräftigen, sie umfaßt u. a. die Wohnungsfrage, Ernährung, Krankenversicherung des Arbeiters usw., Städtebau, Sanitations- und Befestigungs-wesen, die Wohnungs- und Schulhygiene, die Schutzimpfung vor ansteckenden Krankheiten, all das sind Aufgaben, die zu lösen das Ziel der öffentlichen Gesundheitspflege ist.

Es ist nun heutzutage durchaus nicht mehr der Arzt allein, der sich mit den Forderungen und Grundlagen der öffentlichen Gesundheitspflege vertraut machen muß. Kommunalbeamte, Krankenhausesleiter, Architekten und viele andere Berufsstände müssen sich mit ihrem Studium befassen. Zu diesem Zwecke seien die vor kurzem in 10. Auflage erschienenen „Grundzüge der Hygiene“ des Prof. Dr. W. Braunsig (J. F. Lehmanns Verlag, München, Broch. 11 Mk.), der den Lehrstuhl der Hygiene an der Grazener Universität inne hat, allen interessierten Kreisen angelegentlich empfohlen. Der Inhalt dieses Aufzuges bildet die Einleitung des Buches, das eine Fülle von Material, gezielten Bestimmungen des Deutschen Reiches und Oesterreichs, eine Menge von übersichtlichen Tabellen usw. enthält und in leicht faßlicher und dabei streng wissenschaftlicher Weise dem Leser die gewünschte Belehrung bietet.

Väterchens goldener Käfig.

Das kaiserliche Lustschloß Zarsoje Selo, die Winterresidenz des Zaren, die jetzt „Rskoi Romanow“ und seiner Familie als Gefängnis dient, ist aus einer kleinen, von Peter dem Großen herührenden Anlage entstanden, die ursprünglich Saari Mois hieß und die die Prinzessin Elisabeth von ihrer Mutter, der Kaiserin Katharina I., geerbt hatte. Die Prinzessin hatte das kleine, 1718 von Braunsig erbaute Gutshaus, das für als Jagdsitz diente, bezügl. lieb gewonnen und beschloß nach ihrer Thronbesteigung, das Haus zu ihrer Sommerresidenz zu machen und dementsprechend zu einem prächtigen Palast auszubauen. Der Bau, der von Graf Rasstrelli dem Älteren ausgeführt wurde, nahm fast die ganze Regierungszeit Elisabeths in Anspruch und kostete ungeheure Summen. Nach den von Katharina II. gemachten Angaben wirkte man bei der Bauausführung ohne Rücksicht auf das Geld, und in den Rechnungen waren nur an Baugeldern über 1 600 000 Rubel ausgeworfen. Das Kaiserin Elisabeth aus eigener Kasse dazu zahlte, ist aus den Rechnungen nicht ersichtlich. Bei der Freigabe der Bauherrin dürfte es sich aber um nicht geringe Beträge gehandelt haben. Entsprechend den Kosten war das Schloß freilich auch ein Luxusbau geworden, der sich sehen lassen konnte. Mit prächtigen Lieberhäusern war alles und jedes über und über verguldet. Selbst im das Dach lag eine fast verguldete hölzerne Valustrade, die mit gleichfalls verguldeten Säulen und Balen überloden war. Das verblüffend natürliche Kleinstmünzen, da die Vergoldungen immer wieder erneuert werden mußten. Katharina II. räumte nach ihrem Regierungsantritt deshalb mit all diesem glänzenden Goldbrum auf und ließ alles in Dunkelheit überführen. Sie selbst aber nahm so bedeutende Um- und Neubauten in Zarsoje Selo vor, daß von dem Grundcharakter des Rasstrellischen Baus und seiner architektonischen Anlage nichts mehr übrig blieb. Heute zählen zu den berühmtesten Prunkräumen der Zaren, der Lazarstein“ und der Silberne Saal. Bekker Ausattung erfreut sich insbesondere auch die kaiserliche Kapelle, deren Dach fünf fast verguldete Kuppeln zieren.

Am den Schloßkomplex, der aus dem alten Park mit Schloß, dem oberen Park mit dem Sommerpalais und dem neuen Park besteht, schließt sich die berühmte Marmorgalerie mit zwei Stodswerfen. Hier stehen auf dunklen Marmorplatten Bronzestücken römischer Jäaren und Helden, griechischer Philosophen und Redner. Aus der Galerie gelangt man in einen auf getönbtem Unterbau angelegten schwebenden Garten. Das von Alexander I. erbaute „Sommerpalais“ enthält berühmte Gemälde hervorragender russischer Maler, der Park, der es umgibt, ein ästhetisches Dörfchen mit Pagode und die künftliche Ruine einer Burg, deren Kapelle als wertvollsten Schatz die berühmte Christusstatue von Danner beherbergt. Sehenswert sind weiterhin in den Gärten von Zarsoje Selo die zwei Seen überspannende Brücke aus himmelblauen Marmor, eine berühmte Rajade, der See mit Schwäneninsel sowie der herrliche von Alexander I. errichtete aufeierne Triumphbogen, der in russischer und französischer Sprache die Aufschrift trägt: „Meinen teuren Waffenbrüdern.“ Das Arsenal, das ebenfalls früher in Zarsoje Selo untergebracht war, ist neuerdings in die Eremitage von Petersburg übergeführt worden.

Der Armenschensfund im Jmtale.

Bedeutende vorgeschichtliche Funde sind wiederum im Jmtal in der Nähe von Weimar gemacht worden. Im Kalksteinbruch von Ehringdorf, wo bereits vor einer Reihe von Jahren jener berühmte Kiefer des Diluvialmenschen zutage gefördert wurde, der eine Wanderung von Gelehrten aus aller Welt an die Fundstelle im Gefolge hatte, ist vor einiger Zeit abermals ein solcher Kiefer gefunden worden, der an wissenschaftlichem Interesse dem ersten kaum nachstehen dürfte.

Nach den an Ort und Stelle von Dr. Pfeiffer in Weimar und Konterbater Müller vorgenommenen Untersuchungen handelt es sich diesmal um den Kiefer eines jugendlichen Diluvialmenschen aus der Zeit von vor ungefähr 100 000 Jahren.

Der bedeutsame Fund lag etwa 12 Meter unter der Oberfläche. Zahlreiche Äschen- und Tierknochenreste zeugen für die Tatsache, daß der Armensch mit jenen Viechtieren der Vorzeit zusammen gelebt hat, die zu erbensten ihm die geschickte Handhabung seiner Feuersteinwaffen geisterte.

Das Vorkommen von unterhaltenen Pflanzenabdrücken bestätigt die Gleichartigkeit des Klimas im Jmtal vor 100 000 Jahren mit dem der Gegenwart.

Neben dem für die Wissenschaft so bedeutamen Armenschenskiefer wurden Gebeißstücke eines prähistorischen Hirsches gefunden.

Reis aus Hafer.

Schon in Friedenszeiten wurde der Hafer als Nährmittel mit Recht sehr geschätzt. Gehört er doch wegen seines hohen Eiweiß- und Fettgehalts zu den idealsten Nahrungsmitteln. Durch seinen Gehalt an Pflanzenfasern und Leguminen steht der Hafer den Süßfrüchten sehr nahe. Außerdem enthält er einen eigenartigen Bestandteil, Avertin genannt, dem die Eigenschaft zukommt, die Bewegungskraft der Nerven anzuregen. Das Haferfett zeichnet sich durch einen hohen Gehalt an Lezithin noch besonders aus. Während man in Friedenszeiten den Hafer meist in Form von Hafermehl oder Haferklofen genöß, ist man jetzt, wie die „Pharmazeutische Post“ mitteilt, in Oesterreich dazu übergegangen, Haferreis als vollkommenen Ersatz für Reis herzustellen. Seitens der österreischen Kriegsgetreidebekehrungsanstalt wurden schon im Herbst vergangenen Jahres Untersuchungen angestellt, die nun zu diesem positiven Ergebnis geführt haben. Zur Erzeugung des Haferreises wird der Hafer zunächst getrocknet, dann geschält, also von der ungenießbaren Hülle befreit, ferner geschliffen und so das anhaftende Pantchen entfernt, und schließlich wird er poliert. Da sich die hierzu nötigen Maschinen einestells in Oesterreich-Ungarn selbst vorfinden, andererseits und Oesterreichland zu beschaffen waren, wurde mit der Herstellung von Haferreis im großen begonnen. Gleichzeitig ist eine Verordnung herausgebracht worden, die einen Höchstpreis, und zwar 88 Heller für das Kilogramm festsetzt, jeden Kleinveräußerer verpflichtet, den Preis nach Gewicht auf der Ware selbst anzubringen und jede Mischung oder Veränderung des Haferreises unterliegt.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabriela Japolska.

In der Kanzlei stand die Handtasche bereits geöffnet auf dem Schreibtisch. Der Schloffer hatte keine Mühe gehabt, sie zu öffnen. Etwas Wäsche, Strümpfe und Taschentücher war herausgenommen.

Der hagere, stoffliche Offizier hatte die Hand in die Tasche verfenkt. Neben ihm stand Gordnj. In einiger Entfernung sammelte der Schloffer seine umhergeworfenen Werkzeuge vom Boden auf. Altki überfah die Situation mit einem Blick. Seine Kaltblütigkeit steigerte sich. Mit zusammengezogenen Augenbrauen und lestaufeinandergepreßten Lippen betrachtete er die Offiziere. Das Gesicht des zweiten kam ihm bekannt vor.

„Das ist ja derselbe, der sich mir als Kontwilt vorgestellt hat,“ dachte Altki.

„Nun wurde es ihm klar, daß er in eine doppelte Falle geraten war, die ihm von der Gendarmerie und von Tagesew gestelt worden war.“

„Bitte, nehmen Sie Platz,“ sagte Gordnj in demselben lebenswürdigen Ton, nur ohne Lächeln. „Im letzten Augenblick mußten wir Sie bitten, nicht weiter zu reisen. Wir haben mit Ihnen zu sprechen.“

Altki erwiderte nichts. Er hatte beschlossen zu schweigen. Gordnj warf ihm einen kalten Blick zu und bot ihm nochmals einen Stuhl an.

„Bitte, nehmen Sie Platz! Wir haben hier ohne Ihre Anwesenheit über Ihre Handtasche verfügt. Wir mußten es tun. Uebernehmen Sie die Verantwortung für das, was in der Tasche ist? Ist das Enthaltene mit Ihrem Wissen hier verborgen?“

Altki schwieg.

Der große Offizier winkte mit der Hand.

„Lassen Sie... der Herr will nicht antworten. Also gut!“

Der Ton der Stimme befehlte Altki in seiner Annahme. „Das ist Kontwilt!“ sagte er sich trotzig und konzentrierte alle seine Gedanken hierauf. Das half ihm, sämtliche an ihn gerichtete Fragen unbeantwortet zu lassen.

Altkow fehrte schließlich die Handtasche um, schüttete alle Sachen auf den Boden und winkte Jegorow herbei.

Dieser zerknibt mit großer Uebung die Leinwand und den dünnen Pappboden. Altkow tauchte nun die Hände wie in erfrischendes Wasser und begann die geordneten Papiere herauszuziehen.

„Gehört das Ihnen?“ fragte Gordnj.

„Ja!“

„Für wen war das bestimmt?“

„Für mich!“

„Verzeihen Sie, aber das glauben wir nicht!“

Gordnj und Altkow tauschten rasche Blicke.

„Schließlich haben wir unsern Zweck erreicht,“ fuhr Gordnj fort, „wenn wir noch erfahren, für wen die Bücher bestimmt waren, dürfen Sie ruhig wieder nach Kasan zurück.“

Altki fühlte, daß diese Leute etwas ahnten, falls sie nichts Bestimmtes wußten. Es galt also, ihre Nachforschungen mit verächtlichem Schweigen abzufertigen.

„Sie wollen also nichts sagen? Auch nicht in Güte?“

Gm... Das ist schade, — aber...“

Gordnj breitete die Hände aus. Jegorow wickelte Altkis Sachen in ein paar Leinwandsephen und packte sie in die Tasche. Altkow hatte sein Amt beendet und blickte Altki in die Augen.

„Nun, dann bitte ich Sie, mein Gast zu sein,“ sagte er langsam, indem er seine Nägel betrachtete.

Altki stand regungslos.

„Bleibst du werden Sie dort vor dem Gouverneur etwas ausfragen? ... Jetzt, bitte, folgen Sie mir!“

Er machte Jegorow ein Zeichen.

Dieser trat in strammer Haltung an Altkis Seite.

„Sie folgen diesem Gendarm!“

Altki drehte sich, ohne ein Wort zu sagen, um und ging hinter dem Gendarm her. An der Tür geistelten sich ihnen noch zwei andere Gendarmen zu. Diese nahmen Altki den Revolver und das Messer aus der Tasche und zogen ihm, bevor er sich dessen verah, auch die Hosenträger ab. Einer machte sich an seine Strumpfbänder heran, in lobenswertem Eifer, Altki der Selbstmordinstrumente zu berauben. Aber dieser stieß ihn gewaltsam von sich.

„Schert Euch fort! Was wollt Ihr?“

Das geschah auf einen kleinen Korridor, der von einem

winzigen Lämpchen beleuchtet war, und an dessen Ende sich eine eisenbeschlagene, mit einem Fenster versehene Tür befand. Altki erriet, daß es die Zelle war, in die er eingeschlossen werden sollte.

Als Jegorow die Tür öffnete und Altki die Schwelle überschritt, gelang es ihm nur mit dem Ausgebot allen Willens, jenen selben Schrei zu unterdrücken, mit dem Janka von ihrer Jugend, von der Sonne und dem Freiheitsbewußtsein des Menschen Abschied genommen hatte.

In der Kanzlei waren Gordnj und Altkow zurückgeblieben. Letzterer legte die gefundenen Papiere ordentlich und sorgfältig in seine Ledertasche.

„Wo hat sich Tagesew, der Schrift, versteckt?“ fragte Gordnj schließlich, „meine Leute können ihn nicht finden.“

„Hol ihn der Teufel!“ sagte Altkow, „man hätte ihn sehen sollen, wie er sich heute aufblähte, als er jenes Mädchen abließerte. Er spreizte sich vor dem Gouvernementsvorsteher, es gebe keine politische Aufsicht, daher müsse er aus Rechte sehen. Der Vorsteher lachte sich ins Häuschen. Es ist ganz klar, daß er uns diesen Transport von Altki vor der Nase fortträumen wollte... Das ist ihm vorbeigelungen!“

Sie lachten. Gordnj zündete sich eine Zigarette an und streckte sich auf dem Sofa aus.

„Wie hat dieser Schweinehund von Polizist Altki Ueberfahrt gewittert?“ fragte er. „Vielleicht hat es das Fränkeln ausgeplappert? Sie scheint mit ihm verlobt zu sein!“

„Er brachte sie so verängstigt an, daß wir kein Wort von ihr herausbekommen vermochten.“

Gordnj gähnte.

„Ich bin schläfrig,“ sagte er. „Wann reisen Sie?“

„Mit dem Morgenzug, ein anderer geht nicht ab.“

„Dann machen Sie hier ein Schläschen! Ich gehe nach Hause!“

Altkow setzte sich in den Sessel.

„Sie können hierbleiben, ich werde nicht schlafen!“

„Sie wollen!“

Gordnj schloß sehr bald ein. Altkow rauchte schweigend eine Zigarette nach der anderen.

Weiße Rauchringe herleiteten sich in der Luft. Draußen zog eine festam helle Nacht herauf, in der das Fränkeln emige Arbeit nicht rastete.

(Fortf. folgt.)

